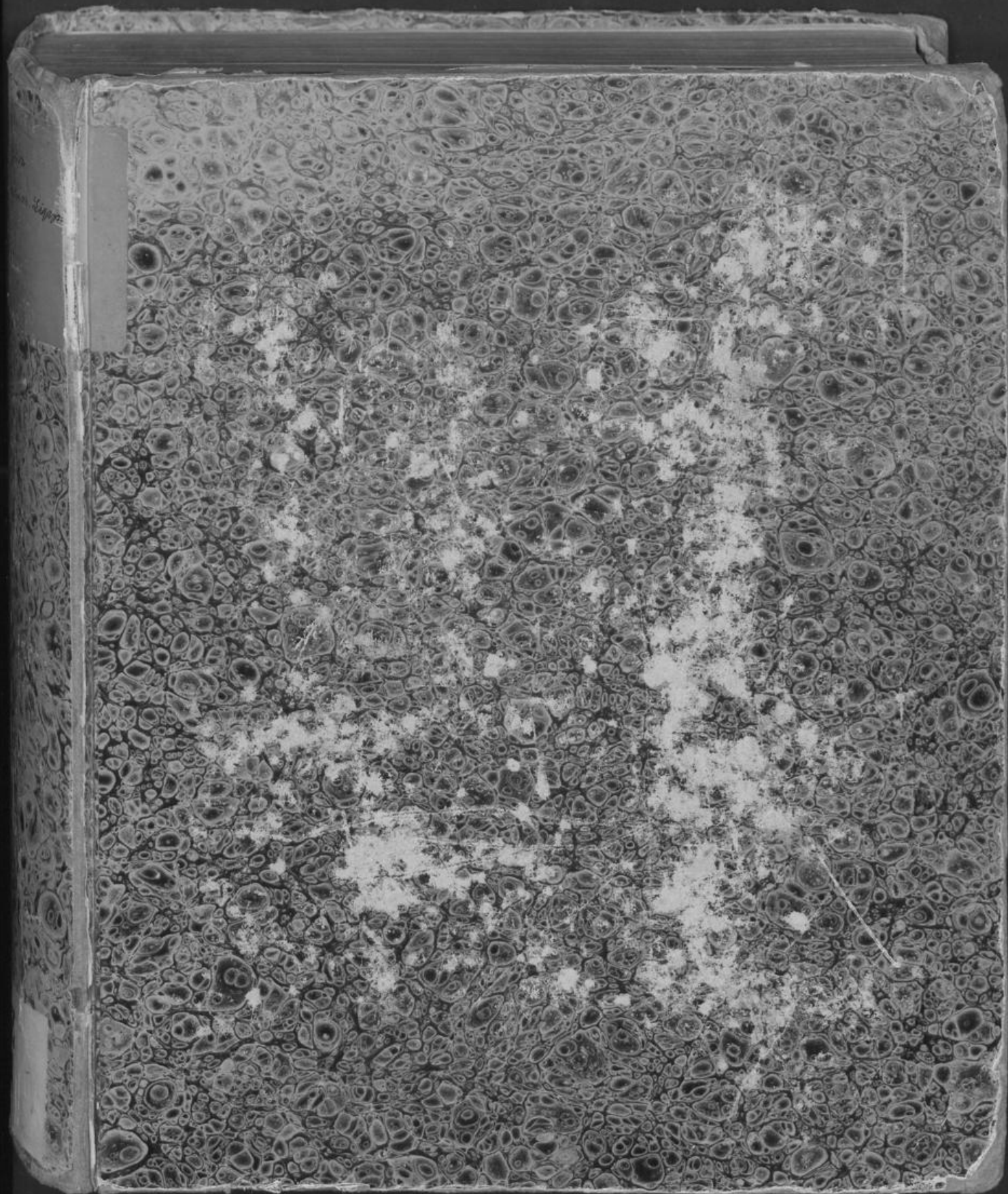
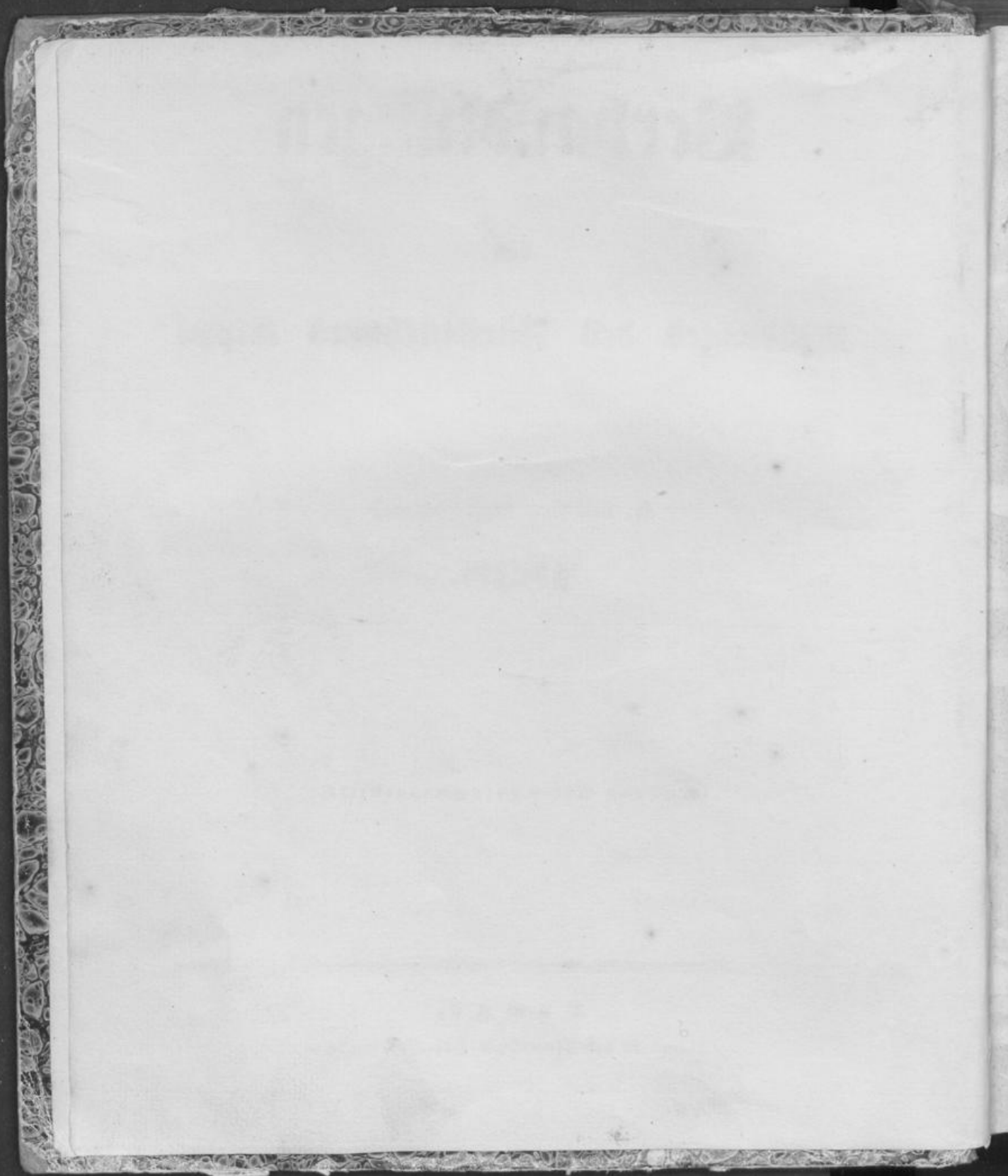




£2 11-1838147

1838147



Verhandlungen

des

Landtages des Fürstenthums Lippe

vom

8. bis zum 29. August

1838.



Aus den Akten zusammenge stellt.

Re m g o,

gedruckt in der Meyerschen Hof-Buchdruckerei.

LZ 88-1838147

Sep.

Verhandlungen

2 n d 1 t

Verhandlungen des Reichstages

- I. Die Verhandlungen der Abgeordneten, deren Namen in 4. Nr. 1, pag. 1.
- II. Das Reichstägliche Konferenzprotokoll, pag. 2.
- III. Die vorbereitenden Geschäfte vom 6. und 7. August, pag. 3.
- IV. Eröffnung des Reichstages, pag. 4.
- V. Die Reichstäglichen Propositionen, pag. 4.
- VI. Die Verhandlungen nach dem ersten Eintritte, pag. 5.
- VII. Die Reichstäglichen Prop. im August, pag. 12.
- VIII. Schluss des Reichstages, pag. 32.
- IX. Reichstägliche, pag. 32.



Das von dem Reichstagen gebrauchte

2 n d 1 t

Verhandlungen des Reichstages

I n h a l t.

- I. Die Wahlen der Abgeordneten, deren Namen u. s. w., pag. 1.
 - II. Das Landesherrliche Convocationsschreiben, pag. 2.
 - III. Die vorbereitenden Geschäfte vom 6. und 7. August, pag. 3.
 - IV. Eröffnung des Landtages, pag. 3.
 - V. Die Landesherrlichen Propositionen, pag. 4.
 - VI. Die Verhandlungen nach den einzelnen Sitzungen, pag. 8.
 - VII. Die Landtagsgutachten resp. im Auszuge, pag. 15.
 - VIII. Schluß des Landtags, pag. 35.
 - IX. Landtagsabschied, pag. 35.
-

Verfahren der Abrechnung.

I.

Wahlen der Abgeordneten.

Die Wahlen der Abgeordneten sind nach Vorschrift der Verfassungsurkunde vom 6. Juni 1836 geschehen. Die Abstimmungen haben als Resultat die Wahl folgender Personen gehabt:

1) Für den ersten Stand:

- a. von Stietencron (Gut Schötmär),
- b. von Wendt (Gut Papenhausen),
- c. von Hoffmann (Gut Steinbeck),
- d. von Donop (Gut Wöbbel),
- e. von Blomberg (Gut Talle), Substitut des zum Abgeordneten ernannten, aber behinderten Drost v. Donop zu Maspe. Ist wegen Krankheit nicht erschienen.
- f. Niemeyer (Gut Herberhausen),
- g. Amtmann Hornhardt (Gut Borkhausen).

2) Für den zweiten Stand:

- h. Hofbuchhändler Helwing (Lemgo),
- i. Syndikus Meyer (Horn),
- k. Bürgermeister Ramm (Blomberg),
- l. Bürgermeister Capellen (Salzuflen),
- m. Syndikus Runnenberg (Detmold),
- n. Kanzleirath Petri (Lage und Barntrup),
- o. Amtmann Piderit (Neustadt Detmold und die eximirten nicht ritterfähigen Güter).

3) Für den dritten Stand:

- p. Meier Schönlau zu Kemmighausen (Erster Wahlbezirk, Aemter Detmold und Horn),
- q. Meier Busse zu Iggenhausen (Zweiter Wahlbezirk, Amt Lage),
- r. Amtmann Heldman zu Derlinghausen (Dritter Wahlbezirk, Aemter Derlinghausen und Schötmär),
- s. Schullehrer Zurheiden in Stammen (Vierter Wahlbezirk, Amt Barenholz),
- t. Kolon Böhmer zu Vogelhorst (Fünfter Wahlbezirk, Aemter Brake und Lipperode),
- u. Kolon Behrmann zu Malmershaupt (Sechster Wahlbezirk, Aemter Sternberg und Barntrup),
- v. Kanzleidirektor Ballhorn Rosen (Siebenter Wahlbezirk, Aemter Schieder und Schwalenberg).

ein Gesetz zu sanctioniren und dieselben unter Hinzufügung derjenigen weiteren Bestimmungen, welche zum Zweck der Ausführung noch erforderlich seyn möchten, durch die betreffenden Behörden vollziehen zu lassen.

§. 6.

Die Landcasse betreffend.

(Landesherrliche Proposition Nr. 9a.)

Bei dem mit der Landesherrlichen Proposition 9^a vorgelegten Etat der Landcasse wurde bemerkt, daß derselbe nur auf das Jahr 1838 sich beziehe, während die Etats für die nächsten 2 Jahre vorzulegen gewesen wären.

Die Vergleichung des vorgelegten Etats mit dem auf dem Landtage vom Jahre 1805 bewilligten hat ergeben, daß seitdem die Ausgaben der Landcasse sich um circa 11,000 Rthl. vermehrt haben, und daß unter diesen Ausgaben mehrere sind, welche dem Herkommen nach der Landcasse nicht zur Last fallen dürften *).

Im übrigen haben die von Fürstlicher Regierung mitgetheilten Nachrichten über die bisherige Verwaltung der Landcasse ein so befriedigendes Resultat geliefert, daß es die Pflicht der Vertreter des Landes ist, Ew. Hochfürstl. Durchlaucht hierfür noch besonders unterthänigst zu danken.

Was die obenbemerkte Vermehrung der Ausgaben der Landcasse anlangt, so hat es nicht thutlich geschienen, in Beziehung auf sie schon für die nächste Finanzperiode Erinnerungen und Anträge zu stellen; dieselben haben vielmehr ausstehen müssen, bis zu der im §. 2. in Antrag gebrachten vollständigen Regulirung des Landschaftlichen Cassenwesens.

Mit Berücksichtigung der im §. 5. beantragten Aufhebung der Grundsteuer-Exemptionen wird sich der Etat der Landcasse ungefähr folgendermaßen stellen:

I. Ausgabe.

1) Zinsen, so lange als die Vereinigung der Cassen nicht geschehen ist, 4165 Rthl.

2) Salariengelder.

Dieselben vermindern sich, da die dermaligen Ausschuß-Deputirten auf den Gehalt zu 133 Rthl. 12 gr. für jeden verzichtet haben, um die in der Rechnung von 1837 als Gehalt des Landraths von Borries in Ausgabe gebrachten 133 Rthl. 12 mgr. und betragen demnach nur 1979 Rthl. 12 mgr.

3) Die Landtags- und Deputationskosten werden sich um etwas höher belaufen, als in dem Etat angegeben; repartiren sich dagegen aber auf 2 Jahre. Es dürften in

*) Die Schulden der Landcasse beliefen sich 1805 auf	257,450 Rthl.
wozu noch	15,000 —
wegen der Sternberger Schuld kommen, also überhaupt auf	270,450 Rthl.
Gegenwärtig betragen die Landcassenschulden, nach Abzug des Betrags der Activ-	
Capitalien	89,000 —
es sind daher in jenem Zeitraum abgetragen	181,450 Rthl.
obchon im Laufe der Zeit folgende neue Ausgaben auf die Landcasse übernommen wurden:	
a. Erhöhung der Sublevationsgelder	4000 Rthl.
b. Erhöhung des Pülsefonds	1000 —
c. Ersas für die aufgehobenen Chausseebaudienste zum Wegbaufonds	2000 —
d. Mehrausgabe an Medicingeldern für arme Kranke	2000 —
	9000 Rthl.

Ansatz zu bringen seyn mit Berücksichtigung des Gehalts und der Diäten des Land= Syndicus für jedes Jahr 1000 Rthl.

4) Zur Sublevation der Fürstl. Regierungslasten 12000 Rthl.

5) Ad manus Serenissimae in Golde 1000 Rthl.

6) Zur Affairencasse 2000 Rthl.

Für diese Ausgabe scheint in Zukunft eine Ermäßigung eintreten zu können, da die Affairencasse, nach dem Wegbau=Etat, Capitalien besitzt und dergleichen bei der soliden Begründung dieser Casse für dieselbe nicht erforderlich sind und etwaige Ausfälle durch Bewilligungen jedesmal gedeckt werden können.

7) Zur Landescatastration 500 Rthl.

Diese Ausgabe wird sich durch die in Antrag gebrachte Catastration der eximirten Grundstücke vermehren. Der Betrag dafür kann aber noch zur Zeit nicht angegeben werden.

8) Zum Wegbau und vorerst bis zur Vereinigung der Cassen 2900 Rthl.

9) Herren= und Kreißgelder mit Vorbehalt etwaiger Erinnerungen für die Zukunft 17339 Rthl.

10) Hülfsgelder 2573 Rthl.

11) Schulmonatgelder 708 Rthl.

12) Prämien 10 Rthl.

Die Vermehrung dieses Ausgabe=Postens auf die unter Nr. 5. der Landesherrlichen Proposition erwähnten 500 Rthl. halten die Stände wegen des ungewissen Erfolgs solcher Prämien zwar nicht für nothwendig, indeß überlassen sie dieselbe dem Ermessen Fürstlicher Regierung.

13) Cammerziel in Golde, mit Vorbehalt etwaiger Erinnerungen für die Zukunft 97 Rthl.

14) An das Intelligenz=Comptoir 50 Rthl.

15) Zur Medicinalcasse, vorbehältlich der über diesen Posten zu stellenden Erinnerungen 4000 Rthl.

16) Zur Hofgerichts=Casse 145 Rthl.

17) Außerordentlich, mit Vorbehalt der Erinnerungen 2400 Rthl.

18) Unterstützung wegen Wetterschäden 500 Rthl.

II. Einnahme.

1) Contribution von den bisher contribuablen Unterthanen. Diese ist, in Berücksichtigung des verringerten Bedarfs der Casse und der ihr eröffneten neuen Einnahmen in den nächsten zwei Jahren jedenfalls nur mit zehn Sempeln zu erheben und beträgt dann 53,024 Rthl.

2) Contribution von den Eximirten nach dem Cataster der Exemten, ebenfalls zehn simpla, jedoch mit Absetzung der von jenen zu zahlenden Rittersteuer —

3) Contribution von den Eximirten in den Städten —

4) Ersatz für Contribution von den an Preußen überwiesenen Grundstücken 240 Rthl.

5) Hudeschatz 433 Rthl.

6) Zinsen aus der Wegbaucasse, vorerst bis zur Vereinigung der Cassen 390 Rthl.

7) Außerordentlich 200 Rthl.

§. 7.

Die Wegbau-Kosten betreffend.

(Landesherrliche Proposition Nr. 8.)

Für die Prüfung des Etats über die Wegbaukosten wurde von den Ständen eine Commission niedergesetzt, deren Bericht unter

Litt. C.

hier angeschlossen ist. Auf den Inhalt dieses Berichts können treu gehorsamste Stände sich hier im Wesentlichen beziehen und bleibt nur noch dabei zu bemerken:

1) Die Stände verkennen zwar nicht, daß auf dem gegenwärtigen Landtage die vollständige Vorlegung des Etats über die Wegbaukosten und des Plans über die vorzunehmenden Bauten in Folge der Schwierigkeiten, welche die lange Unterbrechung der landtägigen Geschäfte herbeigeführt haben, nicht wohl thunlich gewesen seyn möge, dagegen treten sie der Ansicht der Commission bei, daß in Zukunft die Etats vollständig vorzulegen und über die Pläne der auszuführenden Neubauten, namentlich über die Richtung, welche den neuen Chaussées zu geben ist, über die dazu erforderlichen Kosten u. s. w. den Ständen Vortrag zu machen und deren Genehmigung vor der Ausführung zu erwarten sey.

2) Die Prüfung der über den Wegbaufonds bisher geführten Rechnungen hat auf dem Landtage nicht geschehen können. Diese Rechnungen würden daher den Ausschuß-Deputirten noch vorzulegen seyn.

3) Die Erinnerung in dem Commissions-Berichte wegen Erstattung der aus der Landcasse geleisteten Vorschüsse erledigt sich durch das oben im §. 3. und 5. Bemerkte. Diese Vorschüsse würden, wie diejenigen, welche aus den übrigen öffentlichen Cassen geleistet sind, nach Vereinigung der Cassen zu streichen seyn.

4) Auch die Erinnerung wegen Deckung der in Zukunft erforderlichen Ausgaben erledigt sich durch das im §. 5. Vorgetragene.

So lange die Cassen nicht vereinigt sind, können die erforderlichen Vorschüsse noch aus der Landcasse oder aus den übrigen separirten Cassen, der Militaircasse oder Lippstädter Casse entnommen werden. Nach Vereinigung der Cassen würden die nöthigen Zuschüsse aus der allgemeinen Steuercasse anzuweisen seyn.

5) Der Ansicht Fürstlicher Regierung: daß es wünschenswerth sey, die Direction des Baues und der Unterhaltung der Chaussées unter einer Centralbehörde zu vereinigen, treten die Stände bei. Die Abtretung der in den städtischen Feldmarken angelegten Chaussées dürfte durch Unterhandlungen zwischen Fürstlicher Regierung und den einzelnen Magisträten, womit bereits der Anfang gemacht worden, zu befördern seyn. Bis nach geschehener Abtretung würde das in Vorschlag gebrachte Gesetz, welches die Städte von der Verpflichtung, die Heerstraßen in ihren Bezirken zu bauen und zu unterhalten, gegen die bei der ersten Anlage solcher Straßen zu leistende Vergütung für den Werth der Fuhrren und Handarbeiten, freispreche, auszustellen seyn.

Ueber das Resultat der Unterhandlungen sehen die Stände auf nächstem Landtage weiterer Mittheilung zum Behuf der alsdann zu fassenden Beschlüsse entgegen.

6) Der Wunsch, für die Zukunft die Chausséebau-Dienste auch bei den Neubauten aufzuheben, scheint wegen der höchst ungleich vertheilten Last, auf welche diese Dienste beruhen, in der Billigkeit begründet. Die Stände sind aber der Ansicht der Commission beigetreten, daß diese Aufhebung ausstehen müsse, bis ein sicherer und genügender Fonds

für die Wegbaucaſſe ermittelt iſt. Die Ermittlung eines ſolchen Fonds dürfte keine Schwierigkeit haben, ſobald die verſchiedenen Caſſen vereinigt ſind und ſtatt derſelben eine allgemeine Steuercaſſe, in welche alle Unterthanen beitragen, gebildet iſt.

7) Gegen die in dem mitgetheilten Etat enthaltenen einzelnen Poſten der Ausgabe und Einnahme ſind weitere Erinnerungen nicht vorgekommen. Die regelmäßige Einnahme der Wegbaucaſſe an Chausſéegeldern, Stationsgeldern, Zoll von Wothoer Waaren und vorerſt, biß zur Vereinigung der Caſſen, auch noch die Zuſchüſſe aus der Landcaſſe und Lippſtädter-Caſſe im Ganzen zu 13,118 Rthl. wird in der im Etat bemerkten Weiſe zu verwenden, und von dem Ueberſchuſſe zu 2425 Rthl., ſo wie den außerordentlichen 16000 Rthl., auf welche die Eröffnung eines Credits in Antrag gebracht worden, werden die bevorſtehenden Neubauten zu beſtreiten ſeyn.

Jene 16000 Rthl. können, biß zur Vereinigung der Caſſen, aus der Brantweinſteuer-Caſſe oder aus dem Lippſtädter Fonds entnommen werden.

8) Ueber die weitem Neubauten, welche nach der Propoſition künftig noch erforderlich ſeyn werden, ſehen die Stände der Mittheilung der Pläne und Anſchläge zu ſeiner Zeit entgegen, um auch über die dazu erforderlichen Koſten Beſtimmungen treffen zu können.

§. 8.

Den Militair-Caſſen-Etat betreffend.

(Landesherrliche Propoſition Nr. 9b.)

Der von Fürſtlicher Regierung den Ständen mitgetheilte Etat über die Bedürfniſſe des Militairs enthält eine Ueberſicht über die Ausgaben, welche das Militair in dem Falle verurſachen würde, wenn es vollſtändig ausgerüſtet und mobil gemacht werden müßte. In den einleitenden Bemerkungen zu dem Etat wird aber ausdrücklich angeführt, daß der Fall einer ſolchen vollſtändigen Mobilmachung und Ausrüſtung biß jetzt nicht eingetreten ſey; daß ſich vielmehr Fürſtliche Regierung ferner zur Pflicht machen werde, in Ausübung des bißher beobachteten Systems thunlichſt fortzufahren, um mit den bißherigen Mitteln auszureichen.

Die Stände haben den mitgetheilten eventuellen Ausgabe-Etat, ſo weit es die vorhandenen mangelhaften Materialien erlaubten, geprüft und für jetzt keine Gründe gefunden, welche die Richtigkeit deſſelben zweifelhaft machten. Sie müſſen aber Bedenken tragen, dieſe ſämmtlichen Ausgaben, von welchen Fürſtliche Regierung ſelbſt ſagt, daß ſie noch zur Zeit nicht erforderlich ſeyn, ſchon jetzt zu bewilligen, und dieß um ſo mehr, da die gegenwärtig vorhandenen Hülfquellen zur Deckung jener Ausgaben nicht reichen, alſo nur durch eine, den Unterthanen neu aufzulegende Steuer der mangelnde Betrag würde aufgebracht werden können.

Nach den einleitenden Bemerkungen Fürſtlicher Regierung zu dem Etat über die Militairkoſten kann angenommen werden, daß die in den Jahren 1834 und 1835 gebrauchte Summe zur Deckung der vorhandenen Bedürfniſſe auch in den nächſten 2 Jahren ausreichend ſeyn werden, und genügt danach die Bewilligung von jährlichen 30,000 biß 34,000 Rthl.

Dieſe Summe wird aus dem Ertrage der Brantweinſteuer, aus der Acciſe, aus den Kreisgeldern, aus den zur vermiſchten Einnahme gerechneten Poſten und vorerſt noch biß zur Vereinigung der Caſſen aus den Zinſen von ausgeliehenen Capi-

talien zu entnehmen seyn, und sind die etwaigen Ueberschüsse zur allgemeinen Steuer-casse zu berechnen.

Sollte der Fall eines außerordentlichen Bedürfnisses in den nächsten 2 Jahren eintreten, so wird nach §. 5. der Verfassungs-Urkunde zu verfahren seyn.

Die Stände hegen übrigens das Vertrauen, daß die Militair-Verwaltung in allen Zweigen ihrer Administration sich möglichster Sparsamkeit angelegen seyn lassen werde, damit der oben angegebene äußerste Betrag der Ausgabe, welcher schon mit den Hülfsquellen des Landes in keinem Verhältniß steht, wo thunlich nicht erschöpft werde. Stände haben es für ihre Pflicht gehalten, die Ausschuß-Deputirten zu instruiren, daß sie hierauf bei den vorzunehmenden Rechnungs-Revisionen rücksichtlich der einzelnen Ausgabe-Posten, welche eine Ersparniß erlauben, ihr besonderes Augenmerk richten.

§. 9.

Den Strafwerkhaus-Etat betreffend.

Fürstliche Regierung hat über die Bedürfnisse des Strafwerkhauses einen Etat nicht vorgelegt. Aus den später mitgetheilten Rechnungen ergibt sich aber, daß die regelmäßigen Ausgaben der Strafwerkhaus-Verwaltung mit Einschluß eines Capital-Abtrages von — 100 Rthl. und den Zinsen von den angeliehenen Capitalien circa 3400 Rthl., und die bisher für das Strafwerkhaus angewiesenen Einnahmen ungefähr eben so viel betragen.

Der Etat läßt sich daher auf diese Summe festsetzen und bleiben dafür die bisherigen Einnahme-Posten an Stempel-Gebühren von Spielkarten und von gerichtlichen Handlungen u. s. w. auch für die nächsten zwei Jahre bewilligt.

Ueber die Ersparnisse, welche an einzelnen Ausgabe-Posten eintreten können, sind die Ausschuß-Deputirten instruiert, bei Abnahme der Rechnungen das Geeignete zu eröffnen.

Künftig wird auch über die Bedürfnisse des Strafwerkhauses ein vollständiger Etat aufzunehmen und auf den Landtagen vorzulegen seyn.

§. 10.

Den Irrenhaus-Etat und die Lippstädter Casse betreffend.

Auch über die Bedürfnisse des Irrenhauses ist ein Etat von Fürstlicher Regierung nicht vorgelegt worden. Da wie bereits im §. 1. bemerkt, die Mittheilung der Rechnungen ebenfalls unterblieben ist, so müssen sich die Stände darauf beschränken, um die nachträgliche Vorlegung des Etats für die nächsten zwei Jahre an die Ausschuß-Deputirten unterthänigst zu bitten.

Das Irrenhaus ist als eine allgemeine Landes-Anstalt anzusehen und die Einnahme, auf welche dasselbe fundirt ist, wird aus Steuern gebildet. Es kann daher nicht zweifelhaft seyn, daß die Concurrenz der Stände auch auf diesen Verwaltungszweig, so wie überhaupt auf die s. g. Lippstädter Casse sich erstreckt.

§. 11.

Den Etat der Enclaven-Casse betreffend.

Aus den von Fürstlicher Regierung communicirten Rechnungen über die Enclaven-Casse geht hervor, daß die in diese Casse fließenden Steuern, gegenwärtig 327 Rthl.

jährlich betragend, vorzugsweise für die Bewohner der enclavirten Landestheile verwendet werden.

Der Grundsatz, von welchem die Verwaltung der Casse hierbei ausgeht, ist durchaus billig und gerecht. Es steht aber mit demselben und auch sonst mit den Zwecken der Casse im Widerspruche, daß in den letzten Jahren die Ueberschüsse als zinsbare Capitalien belegt sind. Diese Capitalien, welche nach der Rechnung von 1837 im Ganzen 1650 Rthl. betragen, sind mit den künftig sich etwa ergebenden Ueberschüssen der allgemeinen Steuer-Casse zu überweisen, aus welcher sie demnächst den Bewohnern der enclavirten Landestheile in eintretenden Fällen wieder zugerechnet werden können.

Den unterthänigsten Antrag, daß in Zukunft der Etat der Casse auf dem Landtage vorgelegt und die Ausschuss-Deputirten bei der Abnahme der Rechnungen zugezogen werden, müssen treu gehorsamste Stände auch hier für wohl motivirt erachten.

§. 12.

Die Forderungen Fürstlicher Rentkammer an die Landcasse betreffend.

Bei den im außerordentlichen Etat von Fürstlicher Rentkammer liquidirten Auslagen ist jene Behörde von der Ansicht ausgegangen, daß nur solche Ausgaben aus der Landrentei für den öffentlichen Dienst zu bestreiten seyn, welche dem Herkommen nach auf ihr ruhen. Diese Ansicht steht mit dem auch im hiesigen Lande anerkannten staatsrechtlichen Grundsatz im Widerspruche, daß die Steuerkasse nur eventuell für die öffentlichen Bedürfnisse eintritt.

Die Stände sind außerdem des Dafürhaltens, daß wenn eine Liquidation zwischen Fürstlicher Rentkammer und der Landcasse auf dem Grunde des früheren Herkommens zugelegt werden sollte, zuvor eine nähere Ermittlung darüber erforderlich seyn dürfte, ob die von jener Behörde liquidirten Auslagen, wie von derselben angenommen wird, zu den auf der Landcasse ruhenden Ausgabeposten gehören. Auch dürfte in diesem Falle ein weiterer Gegenstand der Untersuchung seyn, ob nicht in den Jahren 1805 bis 1836 auf die Landcasse mehrfache Ausgaben gefallen sind, welche nach dem zum Grunde zu legenden Herkommen auf derselben nicht ruhen und die also eventuell mit jenen Auslagen zu compensiren wären. Eine Vergleichung der Landcasse-Rechnung von 1805 mit der von 1836 hat dies wahrscheinlich gemacht, da die letztere einen Mehrbetrag der Ausgaben von p. p. 11,000 Rthl. ergibt.

Vollständigen Aufschluß hierüber haben sich die Stände sowohl wegen Mangelhaftigkeit der vorliegenden Acten, als wegen Kürze der Zeit und wegen des Dranges der zu erledigenden vielfachen andern Geschäfte, zumal die meisten Mitglieder der Stände-Versammlung nach der stattgehabten langjährigen Unterbrechung der Landtage mit den vorkommenden Gegenständen wenig vertraut waren und auch die verspätete Mittheilung der Propositionen den Gang der Verhandlungen erschwerte, für jetzt nicht verschaffen können.

Treu gehorsamste Stände müssen sich daher für jetzt auf die Versicherung beschränken, daß sie am allerwenigsten gemeint sind, gegen Bewilligungen der vorliegenden Art ohne Noth Schwierigkeiten zu erheben und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst: für die in Antrag gebrachte Liquidation den Ausschuss-Deputirten die erforderlichen data mittheilen zu lassen, damit auf nächstem Landtage die Beschlußnahme darüber erfolgen könne.

§. 13.

Die Kosten der Landständischen Irrungen betreffend.

(Landesherrliche Proposition Nr. 5.)

Die Stände haben zwar keine Verpflichtung zur Uebernahme der in der fünften Proposition erwähnten Kosten der Landständischen Irrungen anerkennen und am allerwenigsten hat die Forderung der Ritterschaft und der reclamirenden Städte: diese Kosten auf die Landcasse zu übernehmen, begründet erscheinen können. Da indeß durch die im §. 5. in Antrag gebrachte Aufhebung der Grundsteuer-Exemption eine Casse gebildet werden wird, in welche alle Unterthanen gleichmäßig beisteuern, so haben sie, der sonst entgegenstehenden Gründe ohngeachtet, kein Bedenken getragen, die liquidirten Kosten im Betrage zu circa 2900 Rthl. mit Vorbehalt etwaiger Erinnerungen gegen einzelne Posten, auf jene allgemeine Grundsteuer-Casse, sobald dieselbe organisirt seyn wird, zu übernehmen.

§. 14.

Dotalgelder betreffend.

(Landesherrliche Proposition Nr. 7.)

Die nämlichen Gründe, welche die Erlebigung des im §. 12. erwähnten Gegenstandes verhinderten, die verspätete Mittheilung der Propositionen, die nach langjähriger Unterbrechung der Landtage unvermeidliche Unbekanntheit der meisten Mitglieder der Ständeverammlung mit den zur Verhandlung kommenden Geschäften und die Unvollständigkeit der vorliegenden Acten, haben zu Wege gebracht, daß auch über die siebente Proposition, die Bewilligung von Dotalgeldern betreffend, eine definitive Erklärung nicht wohl abgegeben werden kann.

Nach den im Ritterschaftlichen Archive befindlichen, jedoch sehr unvollständigen Acten, sind zu verschiedenen Zeiten den apanagirten Nebenlinien des hohen regierenden Hauses Dotalgelder bewilligt worden. Es sind jedoch zugleich Reverse ausgestellt, aus welchen hervorgeht, daß die Stände die Verpflichtung zu solchen Bewilligungen überhaupt bestritten haben und nirgends geben die Acten Auskunft darüber, welcher Maasstab bei der Festsetzung der bewilligten Summen zum Grunde gelegt sey; vielmehr finden sich in den einzelnen Beträgen sehr erhebliche und anscheinend willkürliche Abweichungen.

Eine besondere Schwierigkeit liegt noch in dem Verhältnisse, in welchem das Amt Blomberg gegenwärtig zu dem übrigen Lande steht, da auch dieses Amt zur Aufbringung der Dotalgelder würde beitragen müssen.

Zur nähern Aufklärung der hier in Betracht kommenden Umstände haben die Stände eine Commission niedergesetzt. Ew. Hochfürstliche Durchlaucht bitten sie unterthänigst: derselben durch die Ausschuss-Deputirten die einschlagenden Nachrichten aus dem Landesherrlichen Archive mittheilen zu lassen, um die demnächstige Beschlußnahme vorzubereiten.

§. 15.

Einführung des Preussischen Münzfußes bei der Steuerzahlung betreffend.

Zum Schluß erlauben sich noch die treu gehorsamsten Stände unterthänigst zu bemerken, daß es zur Erleichterung der Unterthanen gereichen würde, wenn die Hebung der Abgaben künftig nicht mehr in Conventions-Münze oder in gangbarer Münze mit

Aufgelde, wodurch auch ohne Rücksicht auf den höhern Betrag vielfache Beschwerden entstehen, sondern allgemein in gangbarer Münze ohne Aufgeld geschähe.

Bei der Landcasse würde dieß um so weniger Schwierigkeiten machen, da ein großer Theil ihrer Ausgaben, namentlich die Landtags- und Deputationskosten, die Beiträge zur Affairen-Casse, zum Wegbau, die Hülfsgeelder, die Herren- und Kreisgeelder, die Prämien, zur Medicinalcasse, ein Theil der außerordentlichen Posten und die Ausgabe für Wetterschäden in gangbarer Münze verausgabt werden können. Auch bei den übrigen Cassen stehen der Abschaffung des Conventionsfußes keine erhebliche Schwierigkeiten im Wege.

Erw. Hochfürstlichen Durchlaucht bitten die treu gehorsamsten Stände unterthänigst, zu genehmigen: daß von Anfang des künftigen Jahrs an sämtliche in die Steuercassen fließende Abgaben, namentlich die Branntweins-Steuer, die Grundsteuer und die Stempel-Abgaben in gangbarer Münze ohne Aufgeld erhoben werden.

Anlage B.

Bestimmungen über die Heranziehung des eximirten Grundeigenthums zur Contribution.

1.

Das sämtliche Grundeigenthum im Lande soll einer gleichmäßigen Grundsteuer unterworfen werden, bei deren Anlegung vorläufig die Grundsätze zur Richtschnur dienen, welche bei der Catastration des bürgerlichen Grundeigenthums zur Anwendung gekommen sind.

Nur die Landesherrlichen Domanialbesitzungen, das Eigenthum der Kirchen und frommen Stiftungen, das zum Avarialvermögen der Städte gehörige Grundeigenthum und die ungetheilten Gemeinheiten, machen davon vorerst noch eine Ausnahme. Sie bleiben, so lange sie nicht auf einen andern Besitzer übergehen, und in so fern sie nicht schon jetzt zur Contribution herangezogen sind, auch künftig bis auf weitere Bestimmung von der Grundsteuer frei.

2.

Die Besitzer von solchen eximirten Gütern und Grundstücken auf dem platten Lande, welche in das Cataster der Eximirten vom Jahre 1811 eingetragen sind, zahlen vom 1sten Januar l. J. an die Grundsteuer vorläufig nach den in diesem Cataster enthaltenen Ansätzen.

Die Zahl der von ihnen danach aufzubringenden Simpla ist die nämliche, wie bei den bürgerlichen Grundgütern. Bei denjenigen bisher eximirten Grundgütern jedoch, welche zur Rittersteuer beitragen, wird von dem ganzen Betrage der ihnen aufzulegenden Grundsteuer bis zu der im §. 7. bestimmten definitiven Regulirung des Contributionswesens noch der Betrag der gleichzeitig von ihnen zu zahlenden Rittersteuer abgerechnet. Sie zahlen an Grundsteuer nur so viel, als nach Abzug der Rittersteuer von dem nach dem Cataster der Eximirten zu berechnenden Ansätze übrig bleibt.

3.

Sollte sich ein einzelner Grundbesitzer durch die im Cataster der Eximirten enthaltenen Ansätze im Vergleich mit den bei Errichtung des bürgerlichen Catasters zur Anwendung

gekommenen Grundsätzen prägravirt erachten, so steht ihm frei, hiervon beim Landcasse-Administrations-Collegium Anzeige zu machen, und bei demselben eine neue Vermessung und Abschätzung der betreffenden Grundstücke, und die Ausgleichung der Ansätze mit den Grundsätzen des bürgerlichen Catasters zu veranlassen.

Von der vorläufigen Zahlung der Grundsteuer nach den Ansätzen des Catasters der Eximirten befreit eine solche Abschätzung nicht. Jedoch soll, wenn sich ein geringerer Steueransatz für die gesammten Besitzungen des Reclamirenden ergibt, die zuviel bezahlte Steuer mit Zinsen zu 5 p. C. von Zeit der Zahlung an, auf die spätern Zahlungen abgerechnet werden.

4.

Die Städte, mit Einschluß der Neustadt Detmold und der Flecken Lage, zahlen die Grundsteuer oder statt derselben die Herren- und Kreisgelder vorläufig in bisheriger Art zur Landcasse oder Landrentei. Auch verbleibt den Städten das Recht der Subrepartition in dem Umfange, wie sie es bisher besaßen.

5.

Die Magistrate in den einzelnen Stadtgemeinden und die Neustädter Commission haben das bisher befreit gewesene Grundeigenthum in ihren Verwaltungsbezirken, mit Einschluß der dazu gehörigen Feldmarken, vom 1. Jan. K. B. an nach den nämlichen Grundsätzen zur Grundsteuer heranzuziehen, nach welchen das contribuablen Grundeigenthum bisher von ihnen besteuert worden ist. Hierbei ist die auf einigen Häusern haftende Rittersteuer in der nämlichen Art wie ad 2. zu berücksichtigen und auch sonst auf eine billige Gleichstellung Bedacht zu nehmen. Der volle Ertrag von dieser neu anzulegenden Steuer ist von ihnen, nach Abzug der Administrationskosten, zur Landcasse einzusenden.

6.

Es soll von Fürstlicher Regierung eine Commission niedergesetzt werden, um zu untersuchen, ob die einzelnen Stadtgemeinden durch die Abgaben, welche von ihnen jetzt zur Landcasse oder Landrentei bezahlt werden, mit Berücksichtigung der sonst auf ihnen ruhenden öffentlichen Abgaben und Administrationskosten und sonst der Verschiedenheit der Verhältnisse zwischen Stadt und Land, dem contribuablen platten Lande in Beziehung auf die Grundsteuer bereits gleichgestellt seyn oder nicht. Sollte sich aus dieser Untersuchung eine Prägravation des einen oder andern Theils ergeben, so wird die Regierung die zur Ausgleichung geeigneten Vorschläge auf dem nächsten Landtage eröffnen.

7.

Das bisher eximirt gewesene Grundeigenthum auf dem platten Lande, sowohl das im Cataster der Eximirten verzeichnete, als das übrige, und zwar mit Einschluß der getheilten Gemeinheiten, soll von der Landescataster-Commission im Laufe der nächsten zwei Jahre einer neuen Vermessung und Abschätzung nach den Grundsätzen des bürgerlichen Catasters unterzogen werden. Sobald diese neue Vermessung und Abschätzung vollendet seyn wird, ist die Grundsteuer nach derselben zu entrichten.

8.

Sobald die Grundsteuer der bisher eximirten Güter und der contribuablen in dieser

Weise ausgeglichen seyn wird, fällt die auf einigen der erstern haftende Rittersteuer weg. Es bleibt jedoch der ritterschaftlichen Kurie bevor, die für ihre besondern Zwecke erforderlichen Ausgaben auf die einzelnen zur Landstandschafft in der ersten Kurie berechtigten Güter nach Maassgabe des ritterschaftlichen Statuts zu repartiren.

9. In wie weit die Schulden der ritterschaftlichen Cassen, nach Ausgleichung der Grundsteuer, auf die allgemeine Landcasse zu übernehmen seyn, bleibt einer billigen Bestimmung auf dem nächsten Landtage bevor.

10.

Wegen der von den einzelnen erimicirten Gütern oder den einzelnen Stadtgemeinden bisher an die Landcasse nicht oder zu wenig bezahlten Grundsteuer finden Nachforschungen überall nicht Statt.

VIII.

Schluß des Landtages.

Der Schluß des Landtags ging in ähnlicher Form wie die Eröffnung vor sich. Nachdem sich die Landes-Abgeordneten auf dem Residenzschlosse vor Sr. Durchlaucht und der Regierung eingefunden hatten, wurde ihnen durch den Regierungs-Sekretair der Landtags-Abschied publizirt.

Der vorsitzende Deputirte der ersten Kurie hielt darauf eine Anrede an Se. Durchlaucht, worin über die Art und Weise, wie die Stände ihre Arbeiten vorgenommen und vollendet hätten, ein kurzer Bericht abgestattet, und zugleich für das den Ständen bewiesene ehrenvolle Zutrauen gedankt wurde.

Die Schlußrede des Regierungs-Präsidenten hob das aus den landtägigen Verhandlungen hervorgegangene befriedigende Resultat hervor und verhiess den bislang noch nicht erfüllten Vorschlägen und Wünschen eine sorgfältige weitere Prüfung.

IX.

Der Landtags-Abschied.

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg u. c.

Nachdem getreue Stände ihr unterthänigstes Gutachten über die am gegenwärtigen Landtage ihnen vorgelegten Propositionen abgegeben, damit auch mehrere Anträge und Gesuche verbunden haben, ertheilen Wir darauf zum Landtagschluß folgende Resolutionen:

Zur ersten Proposition.

Die nähere Prüfung des von getreuen Ständen eingereichten Entwurfs einer Geschäftsordnung für die landtägigen Versammlungen wird vorbehalten und soll deshalb zeitige Resolution an die Ausschuss-Deputirten ergehen.

Zur zweiten Proposition.

Zu der gewünschten Unterhandlung mit der zur weiteren Vorbereitung des Entwurfs eines Heimathsgesetzes und einer Landgemeinde-Ordnung ernannten ständischen Commission ist der Departementsrath in Unserer Regierung beauftragt, und sehen Wir auf dem nächsten Landtage dem Gutachten der getreuen Stände über diesen wichtigen Gegenstand entgegen.

Zur dritten Proposition.

Hinsichtlich des vorgeschlagenen Ablösungs-Gesetzes hat es

- 1) bei der im Eingange des Entwurfs gebräuchten Fassung sein Bewenden, da dasselbe dem Herkommen und der Verfassung gemäß nur mit dem Beirathe, nicht aber unter Zustimmung der getreuen Stände erlassen wird.
- 2) Der Antrag ad §. 1., die Ablösung der Natural-Gefälle nicht auf Korn- und Vieh-Abgaben zu beschränken, sondern auch auf sonstige Natural-Abgaben auszudehnen, soll in weitere Erwägung gezogen werden und darüber, dem Besinden nach, auf nächstem Landtage Mittheilung erfolgen.
- 3) Zu den §§. 16. 28. 29. 39. 46. 53. 57. Können Wir dem Antrage der ersten Kurie, dem Berechtigten auch in Ansehung der Ablösung der Handdienste und Kornabgaben ein Provocationsrecht einzuräumen, zwar nicht nachgeben; dagegen aber wollen Wir gestatten, daß, wenn der Verpflichtete auf Ablösung gegen eine Rente provocirt, dem Berechtigten die Befugniß zustehen solle, den Ablauf der Rente nach Ablauf von zehn Jahren zu fordern.
Was die Anträge der zweiten Kurie zu den gedachten §§. betrifft, so wollen Wir zwar den auf 15 pCt. angenommenen Abzug an den Marktpreisen der Städte Detmold und Lemgo bis auf 20 pCt. erhöhen, wobei aber hinsichtlich des Pacht- oder Zins-Korns, da dessen Lieferungsart gesetzlich von dem Pacht-herrn abhängt, der daraus sich ergebende Ablösungspreis für das ganze Land gleichmäßig gelten muß. Dagegen können Wir nicht darin willigen, daß dem Verpflichteten der Ablauf der Prästationen gegen Erlegung des zwanzigfachen statt des fünf und zwanzigfachen Betrags des Werths, in allen oder auch nur in den Fällen gestattet werde, wo der Berechtigte auf Ablösung provocirt.
- 4) Der zum §. 18. beantragte Zusatz „innerhalb Landes“ kann nur mit der Beschränkung aufgenommen werden, daß, wenn die Prästation bisher außer Landes geliefert werden mußte, dahin auch die Rente oder das Abkaufs-Capital zu zahlen ist.
- 5) Zu §. 22. c., bedarf es keiner neuen Bestimmung, da die Ablösung der Extradienste bereits unterm 6. November 1832 nach den Principien des vorliegenden Gesetzes gestattet ist.
- 6) Hinsichtlich der nach §. 31. von dem Werthe der Dienste abzuziehenden Gegenleistungen bedarf es der Erstreckung auf Getränke und Holzabgaben nicht, da

erstere zu den sog. Proben gehören und die Ausdehnung der Ablösung auf Holzabgaben jetzt nicht beabsichtigt wird.

- 7) Das Hessische Ablösungs-Gesetz gestattet die Ablösung nur den im Hessischen wohnenden Verpflichteten oder für das im Hessischen liegende belastete Grundeigenthum, weshalb der zu §. 74. vorgeschlagene Zusatz zwecklos seyn würde.
- 8) ad §. 87. wollen Wir den gewünschten Zusatz, eine zweite Taxation betreffend, genehmigen; es bedarf jedoch keines Obmanns, da aus den Taxaten der Sachverständigen der Durchschnitt zu ziehen und als der wahre Werth oder Ertrag anzunehmen ist.
- 9) Die Worte des §. 93. „in der Regel“ erläutern sich aus dem folgenden Satz, wonach nur auf frustrirte Termine und unbegründete Beschwerden oder Recurse von der Partei, welche dieselben veranlaßt hat, Kosten zu zahlen sind; übrigens wird der gewünschte Zusatz: „bis auf weitere Verfügung“ genehmigt.
- 10) Auf den von der ersten Kurie beantragten Zusatz, daß die früheren wegen Bezahlung des Zehntens von Futterkräutern, Kartoffeln und Flachs erlassenen Verordnungen aufgehoben würden, können Wir nicht eingehen; dagegen soll der von der zweiten Kurie ausgesprochene Wunsch der Errichtung einer Creditcasse für die Ablösenden in nähere Erwägung gezogen werden.

Die übrigen in dem ständischen Gutachten beantragten Zusätze oder Abänderungen sollen in dem Gesetze Aufnahme oder Berücksichtigung finden.

Zur vierten Proposition.

Es ist Uns angenehm, daß getreue Stände dem proponirten Gesetze über Einführung der Maissteuer beigestimmt haben und sollen bei dessen Erlassung die zu den §§. 1. 2. 4. 5. 12. 14. 15. 30. 34. 35. 37. 39. 41. 44. 45. 46. 49. 50. 51. und 55. gemachten Bemerkungen berücksichtigt, auch die erforderlichen Einleitungen getroffen werden, um die Ausführung der Verordnung auch in dem erbherrlichen Amte Blomberg zu befördern. In dieser Hinsicht sowohl, als auch wegen der in den Brennereien vorzunehmenden Einrichtungen, wird sich jedoch der Wunsch, die neue Steuer schon vor dem 1. Januar t. J. in Wirksamkeit treten zu lassen, den Wir übrigens gern befördern würden, schwerlich realisiren lassen.

Die im §. 13. vorgeschlagenen 3 pCt. beruhen übrigens auf der Legislation und Erfahrung anderer Staaten und erscheint es daher rathsam, sie wenigstens vorerst beizubehalten.

Der §. 52. kann, da er nicht allerdings für überflüssig zu halten, nicht gestrichen werden; doch soll statt des jetzigen Nachsages gesetzt werden:

„so soll die Strafe zum rechtlichen Ermessen des Richters verstellt werden.“

Zur fünften Proposition.

Bleibt die weitere Erörterung über die durch die Irrungen der landständischen Verfassung veranlaßten Kosten, nach Erklärung der getreuen Stände, bis zum nächsten Landtage ausgesetzt.

Zur sechsten Proposition.

Ist getreuen Ständen bereits eröffnet, daß dieselbe nach der Erklärung des Magistrats zu Lage, die Vergleichs-Unterhandlungen über den Contributions-Proceß nicht wieder aufnehmen zu wollen, hinwegfällt.

Zur siebenten Proposition.

Wir hätten gewünscht, daß die in den Erbherrlichen Linien Unseres Hauses in Anspruch genommenen Dotalgelder schon auf dem gegenwärtigen Landtage ihre Erledigung gefunden hätten; unter den von getreuen Ständen vorgestellten Umständen sollen jedoch die desiderirten Nachrichten den Ausschuß-Deputirten mitgetheilt werden und erwarten Wir die Beschlußnahme auf dem nächsten Landtage.

Zur achten Proposition.

Was die von getreuen Ständen hinsichtlich der Wegbau-Kosten gemachten Bemerkungen betrifft, so sollen in der Folge die Wegbau-Etats, nebst den Plänen und Anschlägen über die vorzunehmenden Neubauten vorgelegt, auch die Wegbau-Rechnungen des Ausschuß-Deputirten mitgetheilt werden.

Die in der Proposition bereits angedeuteten nothwendigen Chausseebauten sollen nur nach vorgängiger Berathung mit den Ausschuß-Deputirten in Ausführung genommen werden; so wie Wir denn auch die Unterhandlungen mit den einzelnen Städten wegen Abtretung der in ihren Feldmarken angelegten Chausseen fortsetzen und von dem Resultate am nächsten Landtage Mittheilung machen lassen wollen.

Zur neunten Proposition.

Die auf die Vorlage der Landesbedürfnisse geschehenen Bewilligungen haben Wir gern ersehen.

Was die der Landcasse zu überweisende Einnahme betrifft, so kann auf eine Vermehrung derselben durch die den Eximirten aufzulegende Contribution aus den Gründen, die Wir weiter eröffnen werden, bei dem vorliegenden Etat überall nicht gerechnet werden, auch findet eine Verringerung des Bedarfs von einiger Bedeutung nicht Statt. Obwohl hiernach eine Herabsetzung der Contribution für jetzt nicht motivirt erscheint, auch zur Befriedigung der Forderungen Unserer Cammer und der Ansprüche Unserer Herren Bettern auf Dotalgelder überall keine Fonds angewiesen, vielmehr dieselbe bis zum nächsten Landtage ausgesetzt ist, so wollen Wir doch, in Erwägung des durch die bisherige Verwaltung herbeigeführten guten Zustandes der Landcasse, und zu Allem, was zur Erleichterung Unserer geliebten Unterthanen dienen kann, gern geneigt, einstweilen gestatten, daß vom 1sten Januar k. J. an auf zwei Jahre ein Simplum Contributionis jährlich weniger als bisher erhoben werde.

Wir setzen jedoch dabei voraus, daß die einzuführende Maischsteuer einen solchen Ueberschuß über den bisherigen Betrag der Brantweinsteuer liefern werde, daß daraus der Ausfall bei der Landcasse, wenn es erforderlich, gedeckt werden könne und muß es, wenn dieses nicht der Fall seyn sollte, vorbehalten bleiben, das nothwendige Bedürfnis allenfalls durch eine Erhöhung der Maischsteuer bis um ein Drittheil, nach Rücksprache mit den Ausschuß-Deputirten, provisorisch zu beseitigen.

Uebrigens haben Wir ungern gesehen, daß mit der Begutachtung dieser und der fünften, siebenten und achten Proposition zugleich Anträge und Wünsche über eine zu verändernde Einrichtung des Cassenwesens, die Heranziehung des eximirten Grundeigenthums zur Contribution u. s. w. vermischt worden. Wenn Wir auch darin, daß die Erklärung auf die gedachten Propositionen mit jenen Anträgen connectirt worden, eine

directe Umgehung des Bundes-Beschlusses vom 28ten Juni 1832 und des §. 6. der landständischen Verfassungs-Urkunde nicht erkennen wollen, so erwarten Wir doch, daß für die Zukunft eine solche Vermischung vermieden werde und getreue Stände zunächst die Propositionen, so wie sie vorliegen, begutachten, Vorschläge und Wünsche aber, in Gemäßheit des §. 7. der Landständischen Verfassungs-Urkunde, besonders vorbringen.

In Hinsicht auf die zum Militair-Cassen-Etat gemachten Bemerkungen wiederholen Wir die Zusicherung, daß dabei, wie bisher, auch ferner thunlich gespart werden sollte, müssen aber daran erinnern, daß die zur Erfüllung der Bundespflichten erforderlichen Kosten von der ständischen Bewilligung nicht abhängig sind.

Was endlich die von getreuen Ständen vorgebrachten Anträge und Wünsche betrifft, so bleibt denselben darauf Folgendes unverhalten:

- 1) Hinsichtlich der wiederholt beantragten Mittheilung der Rechnungen über die Lippstädter Casse ist getreuen Ständen bereits von Unserer Regierung eröffnet, daß diese Casse außer dem Kreise der ständischen Wirksamkeit liege. Es hat hierbei um so mehr sein Bewenden und ist auf diese Casse um so weniger für ständische Ausgabe-Posten Rechnung zu machen, als die Stadt Lippstadt auf dem Landtage nicht vertreten wird, von der hiesigen Gesetzgebung ganz unabhängig ist und, was Verfassung und Steuern betrifft, als ein integrierender Bestandtheil des Landes nicht angesehen werden kann. Uebrigens ist es bekannt, daß wir aus dieser zu Unserer Disposition stehenden Casse nicht nur die Ausgaben für Lippstadt an die Landescasse zahlen und die dem ganzen Lande wohlthätige Irren-Anstalt unterhalten lassen, sondern daß auch daraus ein beträchtlicher Zuschuß zur Wegebau-Casse geleistet wird und mehrere Landes-Anstalten unterstützt sind, wohin insbesondere auch der Neubau des Landes-Gymnasial-Gebäudes, welcher eigentlich vom Lande hätte bestritten werden sollen, gehört.
- 2) Die beantragte Vereinigung der landschaftlichen Cassen, welche manche Schwierigkeiten darbietet und worüber ein Separat-Votum von mehreren Abgeordneten des zweiten Standes eingereicht ist, soll in nähere Erwägung gezogen werden, so wie auch
- 3) die damit zusammenhängende Vereinfachung und Compensation im landschaftlichen Schuldenwesen.
- 4) Die in Antrag gebrachte Heranziehung des erimirten Grundeigenthums zur Contribution, auf welche sich das sub 2. gedachte Separat-Votum mit erstreckt, ist ein Gegenstand von großer Wichtigkeit, welcher in die bisherige Steuerverfassung und in die Rechte einzelner Classen der Unterthanen tief eingreift. Derselbe soll, unter Berücksichtigung der im Landtags-Abschiede vom 6ten Juli 1836 sub 11. ertheilten Zusicherung, sorgfältig geprüft und zu dem Ende eine besondere Commission von Uns niedergesetzt werden; es leuchtet von selbst ein, daß derselbe auf gegenwärtigem Landtage keine Erledigung finden kann.
- 5) Hinsichtlich der gewünschten Mittheilung des Irrenhaus-Etats und der Lippstädter Casse verweisen Wir auf die sub 1. ertheilte Bescheidung.
- 6) Die desiderirte Vorlage des Etats der Enclaven-Casse soll geschehen, auch sollen die Ausschuß-Deputirten bei der Abnahme der Rechnungen zugezogen werden.
- 7) Wegen der Forderungen Unserer Cammer soll in der beantragten Art mit den

Ausschuß = Deputirten conferirt werden und erwarten Wir übrigens am nächsten Landtage die Erledigung dieses Gegenstandes.

- 8) Die Einführung des Preussischen Courant ohne Aufgeld statt des Conventionsgeldes kann für jetzt nur bei der Maischsteuer geschehen; bei den übrigen Einnahme = Posten muß dieselbe annoch ausstehen, bis neue Einnahme = Quellen zur Deckung des beträchtlichen Ausfalls eröffnet sind.
- 9) Das vorgetragene Desiderium wegen des Verhältnisses der katholischen Kirche in Lemgo soll in nähere Erwägung gezogen werden.
- 10) Die gewünschte Declaration des §. 22. der landständischen Verfassungs = Urkunde wollen Wir damit dahin ertheilen, daß die Abgeordneten des zweiten und dritten Standes bis zur geschehenen Wahl ihrer Nachfolger in Function bleiben.
- 11) Das Desiderium wegen des persönlich befreiten Gerichtsstandes der Geistlichen wollen Wir näher erwägen lassen.
- 12) Auch das Gesuch um Einführung eines peinlichen Gesetzbuches, sowie
- 13) Wegen der Besteuerung der Gewerbe auf dem platten Lande sollen geprüft und darüber am nächsten Landtage Mittheilung gemacht werden.
- 14) Hinsichtlich des das Justizwesen betreffenden Gesuchs, soll
 - a) über eine zu veranstaltende Sammlung der Rechts = Controversen vorläufig mit den Obergerichten berathen und dann dem Befinden nach weiter verfügt werden,
 - b) wollen Wir die beantragte Verfügung, daß allen in einem richterlichen Amte stehenden Personen die Uebernahme von Advocatur = Geschäften für Bewohner ihres Gerichts = Bezirks untersagt werde, erlassen und ist auch schon neuerlich bei mehreren Anstellungen auf Abstellung des hierunter bestandenen Mißbrauchs Rücksicht genommen.
- 15) Da bei dem Gesuche um Aufnahme der Syndiken in den Städten in die weltliche Witwen = und Waisen = Casse die Rechte der Societät in Frage stehen, so sollen darüber zuvörderst die Curatoren gehört und demnächst das Geeignete verfügt werden.
- 16) Dem Gesuche um Erlassung einer Verfügung an die Aemter Schieder, Lage und Barenholz wegen Gestattung der Bearbeitung des Flachses bei einer wohlverwahrten Laterne, soll gewillfahrt werden.
- 17) Die patriotische Erklärung der Ausschuß = Deputirten, wodurch dieselben auf Gehalt verzichten, haben Wir gern vernommen und wollen dieselbe, so wie den für den Land = Syndicus vorläufig von Johannis d. J. an vorgeschlagenen Gehalt von 100 Rthl., nebst 25 Rthl. Expeditions = Kosten, damit genehmigen.
- 18) Was die Abwendung der Wildschäden betrifft, so haben Wir wegen der Unseres Herrn Bruders Liebden überlassenen Lemgoer Jagd bereits im vorigen Jahre durch Unsere Regierung dem Administrator dieser Jagd die gemessene, dem dortigen Magistrate mitgetheilte Weisung ertheilen lassen, den Wildstand nicht übermäßig zu hegen und zur Abwendung der Wildschäden, unter eigener Verantwortung, die thunlichsten Vorkehrungen zu treffen. Aehnliche gemessene Instruktionen sind auch an die Jagd = Administratoren in den Aemtern Barenholz und Sternberg ergangen, so wie denn auch in den zu Unserem Leibgehäge gehörenden Jagden bisher schon die erforderlichen Vorkehrungen zur Abwendung von Wildschäden, besonders durch Anstellung von Wildhütern, von Unserer

Sammer auf Kosten der Forstcasse getroffen, auch aus dieser die zur Anzeige gekommenen Widschäden, nach vorgängiger Taxation, vergütet sind.

Indessen werden Wir Uns darüber, ob und wo es weiterer Verfügungen bedürfe, von Unserer Regierung Vortrag erstatten lassen.

19) Wegen des Nachtrags zu dem Gesuche, die Besteuerung der Gewerbe auf dem platten Lande betreffend, beziehen Wir Uns auf Nr. 13. mit dem Bemerken, daß seither schon auf die Einziehung jüdischer Geleite, so wie auf die Beschränkung des jüdischen Hausirhandels, so viel die Umstände es gestatteten, Bedacht genommen ist.

Womit Wir denn den getreuen Ständen in Guld und Wohlwollen geneigt bleiben.

Gegeben in der Residenz Detmold, am 29sten August 1838.



Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

J. Kellner.

II.

Landesherrliches Convocationschreiben.

Nachdem die vorstehenden Wahlen der Regierung angezeigt waren und resp. die höchstlandesherrliche Bestätigung erhalten hatten, wurde unter dem 17. Juli folgendes

Convocationschreiben

an jeden einzelnen Abgeordneten erlassen:

Von Gottes Gnaden Wir Paul Alexander Leopold, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg &c. &c. Da Wir nützlich zu seyn erachten, getreue Stände vermittelst Ausschreibens eines allgemeinen Landtags zu convociren, um mit denselben über folgende Landesangelegenheiten Deliberation zu pflegen:

- 1) wegen einer von den getreuen Ständen Uns vorzuschlagenden Landtägigen Geschäfts-Ordnung;
- 2) wegen eines Heimathsgesetzes und einer Land-Gemeinde-Ordnung;
- 3) wegen Ablösung der Zehnten und Dienste;
- 4) wegen Einführung einer Brantweins-Maischsteuer, statt der gegenwärtigen Blausensteuer;
- 5) wegen der durch die Irrungen über die Landständische Verfassung veranlaßten Kosten;
- 6) wegen des Vergleichs über den Kontributions-Prozeß mit dem Flecken Lage;
- 7) wegen Verwilligung von Dotalgeldern;
- 8) wegen des Wegbaues;
- 9) wegen der Landesbedürfnisse;

auch zu solchem Behuf, so wie zur vorgängigen Verpflichtung der Landtags-Abgeordneten des zweiten und dritten Standes und Vornahme der nöthigen Wahlen Termin auf den 6. k. M. August dahin angesetzt haben, daß die vorbereitenden Geschäfte am 6. und 7. k. M. vorgenommen werden sollen, die Eröffnung des Landtags aber am 8. k. M. erfolgen wird; so gesinnen Wir an Euch hiemit gnädigst, daß Ihr Euch am 6. k. M. Morgens 10 Uhr in dem Landständischen Sitzungslokal versammelt, dort Unserer Kommissarien zur Beerdigung der Deputirten des zweiten und dritten Standes gewärtig seyd, die vorbereitenden Geschäfte vornehmt und nach Eröffnung des Landtags mit den übrigen Landtagsabgeordneten über die vorkommenden Gegenstände in Berathung tretet, auch sonst in alle Wege Euch erweist, wie es der Sache Nothwendigkeit und des Vaterlandes Beste erfordert, gestalten Wir denn Unser gnädigstes Zutrauen also zu Euch gerichtet haben. Wir versehen Uns dessen und verbleiben Euch mit beharrlichen Gnaden gewogen.

Gegeben Detmold den 17. Juli 1838.

Euer geneigter

Leopold, Fürst zur Lippe.

W. A. Eschenburg.

F. Kellner.

III.

Vorbereitende Geschäfte.

In Gefolge dieses Ausschreibens fanden sich die Abgeordneten (mit Ausnahme des ritterschaftlichen Deputirten v. Blomberg) am 6. August zu Detmold ein, um zuvörderst die vorbereitenden Geschäfte vorzunehmen. Diese bestanden in der Wahl eines Vorsizers der zweiten Kurie, der Ausschußdeputirten für den zweiten und dritten Stand und des Landsyndikus, so wie in der Abfassung einer vom vorsitzenden Deputirten des ersten Standes bei Eröffnung des Landtags an Se. Durchlaucht den Fürsten zu haltenden Anrede.

In der ersten Sitzung wurden die Mitglieder des zweiten und dritten Standes von einer in der Versammlung erschienenen Fürstlichen Kommission auf die ihnen übertragenen Pflichten beeidigt, worauf die gedachten Wahlen vorgenommen wurden, und zwar die der Ausschußdeputirten von jedem Stande für sich allein und des Direktors der zweiten Kurie von den zusammengetretenen Abgeordneten des zweiten und dritten Standes. Letztere fiel auf den Kanzleidirektor Ballhorn Rosen und den Kanzleirath Petri als Substituten. Ausschußdeputirter des zweiten Standes wurde der Kanzleirath Petri, und des dritten Standes der Kanzleidirektor Ballhorn Rosen.

Der Ausschußdeputirte des ersten Standes, welcher als solcher zugleich Vorsizender der Ständeversammlung ist, von Stietencron, war schon vorher im ritterschaftlichen Collegio gewählt worden.

Die Wahl des Landsyndikus wurde verfassungsmäßig von sämmtlichen Abgeordneten vorgenommen und fiel auf den Hofgerichtsauditor Dr. Rosen zu Detmold.

Die Wahlen wurden noch am nämlichen Tage der Regierung angezeigt, welche solche nomine Serenissimi genehmigte, und Termin zur Beeidigung auf den folgenden Tag ansetzte.

Nachdem selbige am 7. erfolgt war, wurde in der Versammlung sämmtlicher Abgeordneten die vom Vorsitzenden bei der Eröffnung des Landtags an Serenissimum zu richtende Anrede, nach vorgängiger Berathung unter den Ausschußdeputirten, vorgelegt und genehmigt.

Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, die zu erwartenden höchstlandesherrlichen Propositionen, zur Beschleunigung der Mittheilung an die Abgeordneten, drucken zu lassen.

IV.

Eröffnung des Landtages.

Die bei der auf den 8. Aug. bestimmten Eröffnung des Landtags zu beobachtenden Förmlichkeiten waren den Ständen durch ein aus der Regierung erlassenes Programm vorher bekannt gemacht. In Gefolge dessen wurden sie um 12 Uhr Mittags aus ihrem Versammlungs-Lokale auf das Fürstliche Residenzschloß berufen, woselbst die feierliche Eröffnung des Landtags selbst Statt fand. Die Stände stellten sich in der vorgeschriebenen Ordnung vor Se. Durchlaucht dergestalt im Halbkreise auf, daß der vorsitzende

Ausschußdeputirte des ersten Standes Höchstenem zur Linken stand. Sr. Durchlaucht zur Rechten standen die Mitglieder der Regierung. Den Platz zwischen Sr. Durchlaucht und dem Ausschußdeputirten des ersten Standes nahm Sr. Erlaucht der Graf zur Lippe-Bierfeld ein.

Der Regierungspräsident hieß darauf in einer Anrede die Stände im Namen Sr. Durchlaucht willkommen, empfahl die den Ständen zur Berathung vorzulegenden Gegenstände, deren Inhalt im Allgemeinen berührend, ihrer reiflichen Prüfung und erklärte den Landtag für eröffnet, worauf die Landesherrlichen Propositionen durch den Regierungsssekretair den Ständen eingehändigt wurden.

Namens der Stände wurde darauf von dem Ausschußdeputirten des ersten Standes eine Anrede an Serenissimum gerichtet, worin Höchstdemselben der Dank für die Berufung des Landtags und für die Sorgfalt, mit welcher die Gegenstände der Berathung ausgewählt worden, dargebracht wurde.

V.

Die Landesherrlichen Propositionen.

Die in dem Convocationschreiben bereits genannten Landesherrlichen Propositionen betreffen:

- 1) die Geschäftsordnung für die landtägigen Versammlungen.

Den Ständen wurde proponirt, eine solche nach vorgängiger Berathung selbst abzufassen und Serenissimo zur höchsten Entschließung vorzulegen.

- 2) Die Erlassung eines Heimathsgesetzes und einer Landgemeindeordnung.

- 3) Die Einführung eines Gesetzes über die Ablösung von Diensten und Zehnten u. s. w.

- 4) Ein Gesetz wegen der Einführung der Maischsteuer. (Die letztern beiden Gesetze sind seither schon publizirt worden).

- 5) Die Proposition wegen der Kosten des Verfassungsstreits bezweckte den Beschluß der Stände darüber, ob die durch die Reklamationen der alten Landstände gegen die Verfassung von 1819 für jene erwachsenen bedeutenden Kosten auf einen öffentlichen Fonds, zu welchem sämmtliche Unterthanen verhältnißmäßig zu steuern hätten, übernommen werden sollten.

- 6) Die Proposition wegen eines Vergleichs über den Kontributionsprozeß mit dem Flecken Lage ist durch Erlaß der Regierung vom 14. Aug. zurückgenommen, und deshalb nicht zur Berathung gelangt.

- 7) Die Proposition wegen der Verwilligung von Dotalgeldern betrifft die Forderungen, welche von mehreren Agnaten des regierenden Hauses an das Land bei der Verheirathung von Töchtern jener gemacht worden, und welche sowohl auf das Herkommen, als auch auf die Hausgesetze gestützt werden.

- 8) In der Proposition wegen der Wegbaukosten wird den Ständen über die Fortschritte, welche in den letzten Jahren in Hinsicht auf den Straßenbau im hiesigen Lande gemacht sind, Nachricht ertheilt, und der Etat der Wegbaukasse den

Ständen vorgelegt, zugleich auch auf die Deckung der durch die Straßenbauten veranlaßten Kosten angetragen.

Etat der Wegbaukasse.

Einnahme.

1) Chausseegelder nach Abzug der davon zu leistenden Vergütungen	8300 Rthl.
2) Stationsgelder	118 —
3) Zoll von Blothoer Waaren	800 —
4) Aus der Landkasse mit Einschluß der Vergütungen für aufgehobene Dienste	2900 —
5) Aus der Lippstädter Kasse	1000 —
Summa	13,118 Rthl.

Ausgabe.

1) Unterhaltungskosten	8418 Rthl.
2) Gehalt des Baukommissairs	200 —
3) — des Kalkulators	25 —
4) Vermischte Ausgaben	300 —
5) Zinsen:	
a. von 39000 zu 3 Procent	1170 —
b. von 16500 zu $3\frac{1}{2}$ —	577 — 18 gr.
c. von 50 zu 4 —	2 —
Summa	10692 Rthl. 18 gr.

Vergleichung:

Einnahme	13118 Rthl.
Ausgabe	10692 — 18 gr.
Ueberschuß	2425 Rthl. 18 gr.

Für das Jahr 1838 war jedoch außerdem ein Kredit von 16000 Rthl., und für das Jahr 1839 ein Kredit von etwa 6000 Rthl. in Anspruch zu nehmen, damit die im Bau begriffenen Hauptchaussees vollendet werden können. Es wird dann die Chaussee von Minteln durch das Amt Sternberg über Barntrup und Blomberg die Verbindung mit der großen Handelsstraße nach Süd-Deutschland herstellen; und durch die Chaussees von Lage auf Detmold und auf Lemgo, so wie durch die von Verlinghausen nach Lage, wird ein großer Theil des Landes, der bisher nur unfahrbare Straßen besaß, mit den von Detmold und Lemgo ausgehenden Chaussees in Verbindung gesetzt seyn.

- 9) Die Proposition wegen der Landesbedürfnisse bezieht sich theils auf die Landkasse und theils auf die Militairsteuer. In Beziehung auf erstere wird über die bisherige Verwaltung derselben und über den Etat pro 1838 Nachricht ertheilt, und die Erstattung mehrerer Auslagen, welche die Landrentei im Interesse des Landes und für dasselbe gemacht, beantragt.

A. Etat der Landkasse für das Jahr 1838.

Einnahme:

1) Kontribution, nach Abzug der Zählgelder, Unterbedienten-Lohn, Kammergebühren, Schreibmaterialien etc., welche die Hebungs-Beamten berechnen und zurückbehalten, also netto pptr.	58326 Rthl.
2) Als Ersatz für Kontribution von den an Preußen zur Grundversteuerung überwiesenen Grundstücken pptr.	240 —
3) Subschag pptr.	433 —
4) Zinsen aus der Begebaukasse von 13000 Rthl. zu 3 p. C.	390 —
5) Außerordentlich pptr.	200 —
Summa	59589 Rthl.

Ausgabe:

1) Zinsen von 102800 Rthl. Landkasse = Kapital = Schulden	4165 Rthl.	18 gr.	= pf.
2) Salariengelder	2112 —	24 —	= —
3) Landtags- und Deputations-Kosten	1500 —	=	= —
4) Zur Sublevation der fürstlichen Regierungslasten	12000 —	=	= —
5) Ad manus Serenissimae in Golde	1000 —	=	= —
6) Zur Affairenkasse	2000 —	=	= —
7) Zur Landes-Katastration	500 —	=	= —
8) Zum Wegbau	2900 —	=	= —
9) Herren- und Kreisgelder	17339 —	1 —	5 —
10) Hülfs-gelder	2573 —	14 —	4 —
11) Schulmonatgelder	708 —	=	1 1/2 —
12) Prämien pptr.	10 —	=	= —
13) Kammerzieler in Golde	97 —	23 —	4 —
14) An das Intelligenz-Komtoir	50 —	=	= —
15) Zur Medizinalkasse:			
ad I. zu den Gehalten und ad extraordinaria	1006.	9.	
— II. zu den Medizingeldern für Arme	2773.	27.	
— III. zum Hebammenfonds	220.	—	
	4000 —	=	= —
16) Beitrag zur Hofgerichtskasse wie bisher	145 —	29 —	4 —
17) Außerordentlich	2400 —	=	= —
18) Unterstützung wegen Wetterschaden pptr.	500 —	=	= —
Summa	54002 Rthl.	4 gr.	1/2 pf.

Vergleichung:

Einnahme	59589 Rthl.		
Ausgabe	54002 —	4 gr.	1/2 pf.
Ueberschuß	5586 Rthl.	31 gr.	5 1/2 pf.

B. Etat der Militairbedürfnisse.

Einnahme:

I.	Accise	600 Rthl.
II.	Brantweins-Fabrikations-Steuer	15,000 —
III.	Kreisgelder	11,604 —
IV.	Zinsen von Activ-Capitalien	4,000 —
V.	Vermischte Einnahme	1000 —
Summa		32,204 Rthl.

Ausgabe:

I. Kosten des activen Contingents:

A.	Gage der Officiere und des Stabs	9184 Rthl.
B.	Rationen- und Service-Gelder	952 —
C.	Löhnung der Soldaten und Unterofficiere	10695 —
D.	Brot	3339 —
E.	Krankenpflege	550 —
F.	Montur, Armatur und Munition	5920 —
G.	Schreibmaterialien, Porto u. s. w.	150 —
Summa		30,790 Rthl.

II. Kosten der Reserve:

A.	Gage und Löhnung der Officiere, Militair-Beamten Unterofficiere zc.	5886 Rthl.
B.	Rationen und Service	464 —
C.	Brot	288 —
D.	Krankenpflege	50 —
E.	Montur, Armatur und Munition	1000 —
F.	Schreibmaterialien, Porto zc.	50 —
G.	Hoboisten-Korps	1650 —
Summa		9,388 Rthl.

III.	Pensionen	4,220 Rthl.
IV.	Unterhaltung der Militair-Gebäude	550 —
V.	Kosten des Wachdienstes	250 —
VI.	Vermischte Ausgaben	4000 —

Wiederholung der Ausgaben.

Ad I.		30,790 Rthl.
— II.		9,388 —
— III.		4,220 —
— IV.		550 —
— V.		250 —
— VI.		4000 —
Summa		49,198 Rthl.

die Ausgabe zu. 49,198 Rthl.
 verglichen mit der Einnahme zu. 32,204 —
 ist Deficit 16,994 Rthl. *)

VI.

Die Verhandlungen nach den einzelnen Sitzungen.

Die Sitzungen der Stände begannen am 9. August und wurden bis zum 28. Aug. fortgesetzt.

Im Folgenden ist die Uebersicht dessen enthalten, was von den Ständen in dieser Zeit vorgenommen wurde.

Erste Sitzung

den 9ten August.

Mit der Proposition wegen der Geschäftsordnung wurden die Beratungen eröffnet. Da sich aber ergab, daß sich dieser Gegenstand vollständig erst am Schlusse des Landtags erledigen lassen werde, so wurde die definitive Beschlußnahme bis gegen das Ende des Landtags ausgesetzt. Es wurde jedoch eine Kommission, bestehend aus dem Deputirten von Stietencron, Kanzleirath Petri und Amtmann Feldman, zu Ausarbeitung eines Entwurfs ernannt, welcher, nach vorgängiger Berathung, den Verhandlungen einzuweisen zur Richtschnur dienen sollte.

Auf den Vortrag eines Ständemitgliedes wurde sodann beschlossen, die Regierung um die Einführung eines peinlichen Gesetzbuchs und dessen Vorlegung zur Berathung auf dem nächsten Landtage zu ersuchen.

Eine bei der feierlichen Eröffnung der Stände bereits angekündigte Kommission der Regierung, welche sich in der Versammlung einfand, gab den Ständen in vertraulicher Mittheilung Nachricht über den zwischen dem regierenden und dem erbherrlichen Schaumburg-Lippischen Hause obwaltenden Prozeß, und eröffnete sodann eine Proposition wegen des Anschlusses an den deutschen Zollverband.

Der letzte Gegenstand wurde zur weiteren Berathung ausgesetzt und hinsichtlich der ersterwähnten Mittheilung beschlossen, Serenissimo den Dank der Stände abzustatten.

Zweite Sitzung

den 10ten August.

Die ernannte Kommission legte den vorläufigen Entwurf einer Geschäftsordnung vor, welcher berathen und angenommen wurde.

Man ging darauf zur Berathung über die vierte Proposition, wegen Einführung der Malschsteuer über.

Von Seiten der Ritterschaft wurde die Frage aufgeworfen, ob dieser Gegenstand

*) Durch strenge Deconomie ist es bisher möglich geworden, dies Deficit zu umgehn.

nicht in Gemäßheit der Verfassungsurkunde in abgesonderten Kurien berathen werden müsse. Die Mitglieder der zweiten Kurie verneinten diese Frage, und legten, als die ritterschaftlichen Mitglieder erklärten, nur sub protest. in voller Versammlung sich auf die Berathung einlassen zu wollen, gegen die gedachte Verwahrung Gegenprotestation ein. Indessen wurde nach geschehener Verlesung des vorgelegten Entwurfs eine Kommission zur Begutachtung desselben, bestehend aus dem Gutsbesitzer Niemeyer, dem Bürgermeister Capellen, dem Meier Schönlau und dem Syndikus Meyer, niedergesetzt.

Auf den Vortrag des Vorsitzenden erklärten sodann die Ausschussdeputirten, auf den für sie als solche sonst üblich gewesenem Gehalt verzichten und sich mit den verfassungsmäßigen Diäten bei vorkommenden landständischen Zusammenkünften begnügen zu wollen.

Auf einen zweiten Antrag des Vorsitzenden beschloßen die Stände, Serenissimum zu ersuchen, ihrer Ansicht, daß der §. 22. der Verfassungs-Urkunde so zu verstehen sey, daß die Abgeordneten zweiten und dritten Standes bis zur geschehenen Wahl ihrer Nachfolger in Funktion bleiben, beizustimmen.

Dritte Sitzung

den 11ten August.

Die zur Begutachtung der Proposition wegen Einführung der Maischsteuer ernannte Kommission erstattete ihren Bericht, worauf man zur speziellen Berathung überging und bis zum §. 34. gelangte.

Für die nächste Sitzung wurde die Fortsetzung dieser Berathung bestimmt. Zwei eingekommene Petitionen, deren erstere, die Verbesserung des Justizwesens zum Gegenstande hatte, die zweite aber, von den katholischen Kirchenvorstehern zu Lemgo eingesandt, die Verhältnisse der katholischen Kirche daselbst betraf, wurden der Versammlung bekannt gemacht und zur Berathung in nächster Sitzung ausgesetzt.

Vierte Sitzung

den 13ten August.

Die Berathung über das Maischsteuer-Gesetz wurde fortgesetzt und beendigt. Das landständische Gutachten über diesen Gegenstand wurde aber noch suspendirt, da man es für zweckmäßig erachtete, daß die landständische Kommission zuvor noch von dem Departementsrath in der Regierung über einzelne Punkte nähere Auskunft einholte.

Zur Begutachtung des Vorschlags wegen Verbesserungen des Justizwesens wurden der Freiherr von Wendt und der Amtmann Piderit zu Kommissarien ernannt.

Ebenso wurde eine Kommission hinsichtlich der Petition der katholischen Kirche zu Lemgo niedergesetzt, bestehend aus den drei Ausschussdeputirten und dem Amtmann Feldman.

Der Abgeordnete Bürgermeister Capellen machte sodann den Vorschlag, daß den fremden Handlungsreisenden eine Gewerbesteuer auferlegt und der Ertrag derselben zur Bildung einer Landtagskasse benutzt werden möge. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls zur Begutachtung an eine aus dem Syndikus Meyer, Bürgermeister Ramm und Bürgermeister Capellen bestehende Kommission verwiesen.

Schließlich wurden noch die landesherrlichen Propositionen wegen der Dotalgelder und wegen der Wegbaukosten verlesen und Kommissionen für die erstere aus dem Forst-

junker v. Hoffmann und dem Kanzleirath Petri, für die zweite aus dem Amtmann Heldman und den Abgeordneten Busse und Schönau bestehend, niedergelegt.

Für die nächste Sitzung wurde die Berathung über das landesherrlich proponirte Ablösungsgesetz designirt.

Fünfte Sitzung

den 14ten August.

In dieser wurde in allgemeiner Versammlung über das Ablösungsgesetz berathen und solche in der

Sechsten Sitzung

den 15ten August,

fortgesetzt und beendet, worauf die Abstimmung an die Kurien in getrennter Versammlung verwiesen wurde.

Der Antrag des Bürgermeister Capellen wegen der den fremden Handlungsreisenden aufzulegenden Gewerbe-Steuer wurde nach angehörtem kommissarischen Gutachten verworfen.

Auf den Bericht der Kommission über die landesherrliche Proposition wegen der Wegbau-Kosten wurde die Berathung hierüber bis zur Diskussion der Finanzgegenstände ausgesetzt.

Eine von Bewohnern des Landes (aus dem Amte Derlinghausen) eingesandte Petition für den Zollanschluß wurde vom Amtmann Heldman eingereicht und deren Verlesung für die nächste Sitzung festgesetzt.

Siebente Sitzung

den 16ten August.

Die betreffende Kommission erstattete Bericht über den eingegangenen Vorschlag wegen der Verbesserung des Justizwesens. Die Stände stimmten dem Gutachten, welches dahin ging, eine Sammlung der vorkommenden Rechtskontroversen und deren Vorlegung mit dem Vorschlage zweckmäßiger Entscheidung bei Serenissimo zu beantragen, bei. Die Vorschläge des Antrags-Stellers, das Advokaten- und Sporteln-Wesen betreffend, wurden auf das Gutachten der Kommission als für zur Zeit noch nicht zweckmäßig gehalten, und deswegen von der Empfehlung bei Serenissimo ausgeschlossen. Ein bei dieser Gelegenheit vom Kanzleirath Petri gestellter Antrag, daß Serenissimus ersucht werden möge, allen denjenigen Personen, welche in einem richterlichen Amte stehen, die Uebernahme von Advokaturgeschäften für Bewohner ihres Gerichtsbezirks durch eine allgemeine Verfügung zu untersagen, wurde von den Ständen einstimmig angenommen.

Auf den Vortrag der betreffenden Kommission wurde sodann beschlossen, einen von dem Freiherrn von Wendt zu der Petition der katholischen Kirche in Lemgo gestellten, und auf Gleichstellung jener mit den Rechten der protestantischen Konfessionen gerichteten Antrag anzunehmen und bei Serenissimo zur Berücksichtigung empfehlen.

Die landesherrliche Proposition wegen der Kosten des Verfassungsstreits wurde verlesen und kündigte der Vorsitzende einen Vortrag darüber für die nächste Sitzung an.

Man ging darauf zur vorbereitenden Berathung über die Proposition wegen eines Heimathsgesetzes und einer Landgemeinde-Ordnung über, deren Fortsetzung auf die nächste Sitzung bestimmt wurde. Schließlich wurde den Ständen ein Erlaß der Regierung bekannt gemacht, worin die 6te Proposition, betreffend den Kontributions-Prozeß mit dem Flecken Lage, zurückgenommen wurde.

Achte Sitzung

den 17ten August.

Die Berathung über das Heimathsgesetz und die Landgemeinde-Ordnung wurde fortgesetzt und die Abstimmung sodann den einzelnen Kurien vorbehalten.

Der Vorsitzende suchte sodann durch den Vortrag eines schriftlichen Aufsatzes zu zeigen, daß die Uebernahme der Kosten des Verfassungstreits von den jetzigen Ständen nicht mit erheblichen Gründen verweigert werden könne. Da jedoch der Abgeordnete von Lage und Barntrop, der Abgeordnete der Neustadt Detmold und sämtliche Deputirte des dritten Standes noch eine weitere Erläuterung wünschten, so wurde die Beschlußnahme ausgesetzt.

Man schritt sodann zur Ernennung einer Kommission für die Prüfung und Begutachtung der Proposition wegen der Landesbedürfnisse. Es wurden dazu bestimmt, aus dem ersten Stande: Freiherr v. Wendt und Gutsbesitzer Niemeyer, vom zweiten und dritten Stande, Syndikus Runnenberg, Kanzleirath Petri, Amtmann Heldman und Amtmann Piderit.

Für die nächste allgemeine Sitzung wurde die zu versuchende Vereinigung der beiden Kurien über das Ablösungsgesetz, nach geschehener Abstimmung einer jeden für sich, so wie die Berathung über die vertrauliche Eröffnung wegen des Zollanschlusses, bestimmt.

Neunte Sitzung

den 18ten August.

In dieser beriethen die Stände über das Ablösungs-Gesetz in getrennten Kurien.

Zehnte Sitzung

den 20sten August.

Nachdem eine Vereinigung der beiden Kurien über die von einander abweichenden Vota hinsichtlich des Ablösungs-Gesetzes versucht worden war, wurde die Abfassung des landständischen Gutachtens beschlossen *).

Eben so wurde, nachdem die betreffende Kommission über eine, mit dem Departementrath der Regierung gehaltene Konferenz Bericht erstattet hatte, die Abfassung des Landtagsgutachtens wegen der Malschsteuer beschlossen **).

Ein Gesuch der Syndiken in den Städten um Verwendung der Stände wegen der Theilnahme jener an der weltlichen Witwen- und Waisenkasse wurde zur Empfehlung bei Serenissimo aufgenommen.

Die Berathung wegen des Zollanschlusses wurde, da abermals Petitionen wegen dieses Gegenstandes eingekommen waren, ausgesetzt.

*) S. Abschn. VII. Nr. 2.

**) S. Abschn. VII. Nr. 3.

Elfte Sitzung
den 21sten August.

Die zur Prüfung der Proposition wegen der Dotal-Gelder ernannte Kommission schlug die Aussetzung dieses Gegenstandes bis zur Diskussion der Landesbedürfnisse vor, welcher Vorschlag angenommen wurde.

Auf Antrag des Amtmanns Heldman wurde beschlossen, Serenissimum um eine Revision der, das Kunstwesen betreffenden Gesetze zu ersuchen. Die ritterschaftliche Kurie stellte ihren Antrag noch besonders auf Aufhebung des Kunstwesens überhaupt, und auf Einführung einer allgemein gültigen Gewerbe-Ordnung.

Auf die Proposition wegen des Zollanschlusses wurde durch Stimmenmehrheit ein Beschluß gefaßt, welcher den Antrag bis auf weitere Mittheilungen vorerst noch ablehnte.

Zwölfte Sitzung
den 22sten August.

Der Bericht der Kommission für die Finanz-Gegenstände stand zur Tages-Ordnung und wurde vortragen, worauf sodann nach Grundlage desselben zur Berathung geschritten wurde.

Im §. 2. des Kommissions-Berichts wurde der Vorschlag gemacht, daß Serenissimus ersucht werden möge, eine völlige Gleichstellung der Unterthanen hinsichtlich der Steuer vom Grundeigenthume herbeizuführen. Die Mitglieder vom Ritterstande verlangten, daß hierüber in getrennten Kurien abgestimmt werde. Die übrigen Mitglieder der Versammlung bestritten dieses Verlangen, und nahmen an, daß der gedachte Vorschlag mit 14 gegen 6 Stimmen durchgegangen sey. Die Fortsetzung der Berathung wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Ein Antrag des Kanzleirath Petri wegen Aufhebung des persönlich befreiten Gerichtsstandes der Geistlichen und Schullehrer wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Dreizehnte Sitzung
den 23sten August.

In dieser fanden sich die Mitglieder des ersten Standes nicht ein, nachdem sie ihr Ausbleiben durch ein Schreiben des Deputirten v. Stietencron an den Kanzleidirektor Ballhorn Rosen kurz vor der Sitzung angezeigt hatten *).

Die Berathung über die Landesbedürfnisse wurde daher unter dem Vorsitze des Kanzleidirektors Ballhorn Rosen als ältesten Mitgliedes fortgesetzt und beendet, und die Ein-

*) Das Schreiben lautet:

Verehrtester Herr Kanzleidirektor!

Im Auftrage der Mitglieder der ersten Kurie mache ich die ergebene Anzeige, daß dieselbe verhindert ist, heute zu einer gemeinschaftlichen Berathung mit der zweiten Kurie zusammen zu treten, und überlasse daher die Bestimmungen rücksichtlich der in der zweiten Kurie heute zur Berathung vorzunehmenden Gegenstände dem Ermessen von Euer Wohlgeboren.

Mit bekannter vorzüglichster Hochachtung

Demold den 25.

Aug. 1838.

empfehle ich mich gehorsamst

v. Stietencron.

sendung des Landtagsgutachtens über die Proposition Nr. 9. und die damit in Verbindung stehenden Propositionen Nr. 5, 7. und 8. beschlossen*).

Bierzehnte Sitzung

den 24ten August.

Die Mitglieder des ersten Standes erschienen nicht, nachdem sie ihr Ausbleiben in einem Schreiben angezeigt hatten**).

Da die übrigen Mitglieder der Ständeverammlung aber einstimmig der Ansicht waren, daß jenes Ausbleiben, der vorläufigen Geschäfts-Ordnung zuwider, nicht gehörig entschuldigt sey, und über $\frac{2}{3}$ der Stände gegenwärtig waren, so wurden die Verhandlungen als in allgemeiner vollzähliger Versammlung fortgesetzt.

Die Abgeordneten v. Stietencron, Niemeyer, Wierit, Runnenberg, Heldman und Busse wurden zur Kommission ernannt, um bis zum nächsten Landtage mit dem Departementsrath der Regierung über das Heimathsgesetz und die Gemeindeordnung zu konferiren.

Außerdem wurde noch auf mehrere eingegangene Petitionen beschlossen, Serenissimum um eine baldige Revision der Gesetze wegen der Wildschäden zu ersuchen. Zwei andere Petitionen, von Uflen und Lemgo eingesandt, veranlaßten den Beschluß, bei Serenissimum, unter Bezugnahme auf das Desiderium wegen Besteuerung der Gewerbe auf dem platten Lande, auf eine mit Billigkeit zu vereinigende Beschränkung des Hausirhandels anzutragen.

Endlich wurde noch auf eine Vorstellung der Gemeinde-Vorsteher im Amte Schieder der Beschluß gefaßt, Serenissimum zu ersuchen, daß durch ein Zirkular-Schreiben an die Ämter Schieder, Lage und Warenholz die Feuer-Ordnung für das platte Land vom Jahre 1756 dahin interpretirt werden möge, daß das Reinigen des Glases bei einer wohlverwahrten Laterne nicht strafbar sey.

Die zur Ausarbeitung der Geschäfts-Ordnung niedergesetzte Kommission trug sodann einen vervollständigten Entwurf der Geschäfts-Ordnung***) vor, und wurde nach dessen vorgängiger Verathung die Einsendung desselben ad Serenissimum zur Erledigung der ersten Proposition beschlossen.

*) S. Abschn. VII. Nr. 4.

**) Dieses Schreiben lautet:

Euer Wohlgeboren

Zeige ich Namens der ersten Kurie hierdurch ergebenst an, daß dieselbe heute zu einer gemeinsamen Verathung mit der 2ten Kurie zusammen zu treten verhindert ist. Ich ersuche daher Euer Wohlgeboren als Direktor der 2ten Kurie, dieselbe hiervon zu benachrichtigen und mit geeigneten Gegenständen zu beschäftigen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich

Euer Wohlgeborenen

Detmold den 21. Aug. 1838.

gehorsamster

Stietencron.

***) S. Abschn. VII. Nr. 1.

Fünfzehnte Sitzung
den 25ten August.

Dieselbe wurde in Abwesenheit der Mitglieder vom ersten Stande *) in gleicher Weise wie die vorigen Sitzungen eröffnet.

Eine, von jenen eingesandte so benannte Protestation und Verwahrung Seitens der ersten Kurie, die Vereinigung der Landkassen und die Heranziehung der eximierten Güter zu der an die Landkasse zu bezahlenden Grundsteuer betreffend u. s. w. wurde unter Bezugnahme auf den bereits in dieser Hinsicht gefassten Beschluß zu den Akten genommen. Ein sich auf diesen Gegenstand beziehender Regierungs-Erlaß, welcher auf ein Deklarations-Gesuch der Mitglieder des 1sten Standes erfolgt war, wurde den Ständen mitgetheilt **).

Außerdem wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Serenissimum zu bitten, daß die Propositionen für den nächsten Landtag den Ausschußdeputirten vier Wochen vor der Eröffnung bereits zugestellt werden mögen;
- 2) die Ausschuß-Deputirten mit der Regulirung des Verhältnisses des Landschaftlichen Pöbellen zum Landtage zu beauftragen;
- 3) über den Gehalt und die Emolumente der Ausschußdeputirten und des Landsyn- dikus Serenissimo Bericht zu erstatten, und

*) Dieselben hatten dem Kanzleidirektor Ballhorn Rosen folgendes Schreiben zugesandt:

Verehrtester Herr Kanzleidirektor!

Am Auftrage der ersten Kurie beehre ich mich Ew. Wohlgeboren anzuzeigen, wie dieselbe behindert ist, heute mit der 2ten Kurie zu gemeinschaftlicher Sitzung zusammen zu treten; ich ersuche demnach Ew. Wohlgeboren als Direktor der 2ten Kurie, derselben dieses anzuzeigen und geeignete Gegenstände mit derselben zu beraten.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung
empfehle ich mich
Dietmold den 25. Aug. 1858.

gehorsamt
v. Siefertencron.

**) Dieser Erlaß lautet:

Die Landes-Abgeordneten des ersten Standes haben am gestrigen Tage Serenissimo eine unterthänigste Vorstellung eingereicht, in welcher darauf angetragen wird, eine höchstlandesherrliche Deklaration des §. 50. der Landständischen Verfassungs-Urkunde dahin zu erlassen:

Daß nur bei Bewilligung allgemeiner Landes-Abgaben eine Abstimmung nach Köpfen sämtlicher Stände Statt finden solle, über die Staats-Bewilligung für einzelne Kassen, imgleichen wenn es sich um Aufhebung von Privilegien oder Rechten einzelner Stände oder Korporationen handelt und über alle sonstige landesherrliche Propositionen in getrennten Kurien abgestimmt werden solle.

Serenissimus lassen Eöblichen Ständen hierauf zur Resolution unverbatten, daß eine solche landesherrliche Deklaration nicht erteilt werden könne, da die aus den Verhandlungen wegen der Landständischen Verfassungs-Urkunde hervorgehenden Motive sowohl, wie der Inhalt des §. 50. der Urkunde selbst unbezweifelt ergeben, daß nicht bloß über zu bewilligende allgemeine Landesabgaben, sondern über alle Gegenstände landesherrlicher Propositionen, welche allgemeine Landesabgaben betreffen, bis zum Schluß in der allgemeinen Landtags-Versammlung verhandelt und nach Stimmenmehrheit entschieden werden soll.

Serenissimus erwarten daher, daß nach dieser unzweideutigen Vorschrift des Gesetzes von Eöblichen Ständen verfahren und aus einer irrigen Auffassung derselben keine Verzögerung der Ständischen Verhandlungen herbeigeführt werde. Sollten indessen Eöbliche Stände, außer den landesherrlichen Propositionen, Wünsche zu eröffnen haben, so werden Serenissimus etwaige Separat-Vota zur höchsten Entschließung entgegen nehmen.

Dietmold den 25. Aug. 1858.

Fürstlich Lippische Regierung.

W. A. Eschenburg.

- 4) Serenissimo die Beendigung der landtägigen Arbeiten, so weit solche beabsichtigt, anzuzeigen.

Sechszehnte Sitzung

den 27ten August.

Da sich die ritterschaftlichen Mitglieder von Detmold weg begeben hatten, so wurde auf Antrag eines Mitgliedes eine Anzeige hiervon ad Serenissimum beschlossen.

Ein in die Sitzung gesandter Erlaß der Regierung, worin der Landtagschluß auf den 29. August angesetzt war, wurde den Ständen bekannt gemacht, und schließlich noch eine letzte Sitzung, Behuf der Abfassung der an Serenissimum bei der Beschließung des Landtags zu richtenden Rede, mit deren Entwerfung der zeitige Vorsitzende beauftragt wurde, verabredet.

Siebenzehnte Sitzung

den 28ten August.

Die vorerwähnte Rede wurde vorgelegt und genehmigt. Die Ausschuss-Deputirten wurden beauftragt, nach dem Landtags-Schlusse, eintretenden Falls, für die Verwahrung der ständischen Rechte nach Kräften zu sorgen; auch wurde der Druck des Landtags-Abschiedes zur Mittheilung an die Mitglieder der Versammlung beschlossen.

VII.

Unterthänigstes Gutachten der Landstände auf die Landesherrlichen Propositionen *).

1) Entwurf einer Geschäftsordnung

für

die landtägigen Versammlungen.

Zur ersten Proposition.

§. 1.

Die Landtags-Abgeordneten versammeln sich an dem in dem landesherrlichen Conventions-schreiben dazu bestimmten Tage in dem landschaftlichen Locale.

§. 2.

Die Versammlung ist vollzählig und gültige Beschlüsse zu fassen befugt, sobald zwei Drittheile der Mitglieder sich eingefunden haben.

*) Das Gutachten erstreckt sich nicht auf die zweite und sechste Proposition, weil erstere auf dem nächsten Landtage ihre Erledigung finden wird und letztere zurückgenommen ist.

§. 3.

Bis zur Statt gehaltenen Wahl und Verpflichtung des Ausschußdeputirten der Ritterschaft führt in den Sitzungen das älteste Mitglied den Vorsitz.

§. 4.

Die neu erwählten Abgeordneten müssen sich durch Vorlegung der über ihre Wahl ihnen zugefertigten Urkunde legitimiren, also die Deputirten der Ritterschaft durch Ueberreichung einer durch deren Ausschußdeputirten unterzeichneten Vollmacht, die Abgeordneten des zweiten und dritten Standes aber durch Beibringung der von den Magisträten resp. den Aemtern ausgefertigten Urkunden über die vollzogene Wahl und die erfolgte landesherrliche Bestätigung derselben.

§. 5.

Sind die vorzulegenden Documente (§. 4.) in gehöriger Form ausgefertigt, so ist der neu erwählte Abgeordnete an den Sitzungen Theil zu nehmen befugt.

Die Prüfung der eingereichten Vollmachten und die Erledigung der dagegen vorgebrachten Erinnerungen geschieht in getrennten Kurien.

§. 6.

In den vorbereitenden Sitzungen des Landtags findet die etwa nöthige Wahl der Ausschußdeputirten und des Landsyndicus Statt.

§. 7.

Die Wahl der Ausschußdeputirten geschieht in getrennter Sitzung von den verschiedenen Ständen unter Vorsitz des ältesten ihrer Mitglieder, die Wahl des Landsyndicus in gemeinschaftlicher Versammlung.

§. 8.

Der zu erwählende muß die absolute Stimmenmehrheit für sich haben. Ist diese bei der ersten Abstimmung nicht vorhanden, so wird die Wahl mit Weglassung desjenigen, welcher die wenigsten Stimmen erhalten hat, wobei eventuell das Loos entscheidet, so lange wiederholt, bis sich jene Majorität für Einen erklärt.

§. 9.

Nach erfolgter Landesherrlicher Bestätigung und Verpflichtung der Erwählten ist die Landtags-Versammlung gehörig constituirt.

§. 10.

Jedes Mitglied des Landtags ist zum Erscheinen in den Sitzungen verbunden und kann hiervon nur eine, aus gegründeten Ursachen in eiligen Fällen bei dem Ausschußdeputirten der betreffenden Kurie nachgesuchte, Erlaubniß dispensiren. Die Ausschußdeputirten haben den Urlaub beim Präsidio nachzusuchen. Kommt der Landtags-Director selbst in den Fall die Sitzungen versäumen zu müssen, so zeigt er dieß den Ständen an und sorgt für den Eintritt eines Substituten. Ist dieß nicht geschehen, so nimmt das älteste Mitglied der Versammlung den Vorsitz ein.

Für die einzelnen Tage des Urlaubs fallen die verfassungsmäßigen Diäten hinweg. Vorübergehende Krankheitsfälle machen hiervon eine Ausnahme.

§. 11.

Der Präsident der Versammlung bestimmt, nöthigenfalls nach zuvoriger Rücksprache mit der Versammlung, die Zeit der Sitzungen und die Tages-Ordnung, und macht mit beiden die Mitglieder am Schlusse jeder Sitzung für die folgende bekannt.

§. 12.

Ueber die Verhandlungen in den einzelnen Sitzungen nimmt der Land Syndicus nach den von ihm gesammelten Notizen, worin die gefaßten Beschlüsse möglichst genau aufzunehmen und welche am Ende der Sitzung vorzulesen sind, ein Protocoll auf. Die einzelnen Sitzungen beginnen damit, daß das Protocoll aus der vorhergegangenen Sitzung zur Genehmigung vorgelesen wird. Dasselbe wird von den Ausschußdeputirten und dem Land-Syndicus unterzeichnet.

§. 13.

Persönlichkeiten, wie überall Störungen der Ruhe dürfen in den Versammlungen nicht Statt finden. Sollten sie vorkommen, so hat das Präsidium das betreffende Mitglied zur Ordnung zu rufen. Leistet dasselbe keine Folge, so kann nach Beschluß der Versammlung das Mitglied qu. mit Eintragung einer Rüge in das Protocoll bestraft werden.

Sollten die Störungen so stark werden, daß die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden können, so hat der Director die Sitzung aufzuheben und dürfen die Verhandlungen erst nach Verlauf einer Stunde fortgesetzt werden.

§. 14.

Von den Propositionen, welche zur Berathung kommen, erhält in der Regel jedes Mitglied eine Abschrift oder einen Abdruck.

§. 15.

Die Berathung über die Propositionen beginnt mit einer Vorlesung derselben durch den Land-Syndicus. Jedem Mitgliede der Versammlung steht nach geschehener Vorlesung die Befugniß zu, über den Inhalt des Ganzen oder über einzelne Theile desselben Bemerkungen vorzutragen, wobei die Ordnung zu beobachten ist, in welcher die einzelnen Mitglieder das Wort verlangt haben.

§. 16.

Findet es die Versammlung für nöthig, so wird nach geschehener erster Vorlesung für die Prüfung und Begutachtung der Proposition eine Commission ernannt und sofort eine Sitzung bestimmt, in welcher diese ihr Gutachten mündlich oder schriftlich vorzutragen hat.

Nach geschehenem Vortrage des commissarischen Gutachtens erfolgt die Discussion und hiernächst die Abstimmung.

§. 17.

Zum Behuf der Abstimmung entwirft der Präsident die Fragen. Werden gegen die

Stellung derselben von einem Mitgliede Erinnerungen vorgebracht, bei welchen jedoch die Art und Weise, wie die Frage gestellt werden soll, bestimmt anzugeben ist, so hat der Präsident über diese erforderlichenfalls durch Abstimmung vorab entscheiden zu lassen.

§. 18.

Die Fragen müssen so gestellt seyn, daß sie mit Ja oder Nein beantwortet werden können.

§. 19.

Die Abstimmung geschieht in minder wichtigen Sachen durch Aufstehen oder Sitzbleiben der Mitglieder und sonst durch namentlichen Aufruf oder durch Kugelung.

Niemand kann sich des Abgebens seiner Stimme enthalten.

§. 20.

Es steht jedem Mitgliede frei, ein schriftliches Separat=Votum der Versammlung vorzutragen und muß dasselbe zu den Acten genommen werden.

§. 21.

Die etwaigen Anträge der Mitglieder sind in gehöriger Fassung beim Präsidio einzureichen, welches die Zeit, wann dieselben zur Berathung und Abstimmung kommen sollen, zu bestimmen, oder eine Beschlußnahme der Versammlung darüber, wenn solche von dem Antragsteller gefordert werden möchte, zu veranlassen hat.

Die Berathung und Abstimmung über dergleichen Anträge geschieht in der Regel in derselben Form, wie bei den Propositionen.

§. 22.

Zur Fassung eines Beschlusses genügt einfache Stimmenmehrheit.

§. 23.

Sind die Stimmen für und wider gleich getheilt, so wird in einer der folgenden Sitzungen die Abstimmung wiederholt. Der Antrag gilt für abgelehnt, wenn auch dann eine Mehrheit der Stimmen sich nicht ergeben möchte.

§. 24.

Bei den Abstimmungen in getrennten Kurien finden die vorstehenden Bestimmungen gleichfalls Anwendung.

§. 25.

Aus den über die Abstimmungen wegen der landesherrlichen Propositionen geführten Protocollen entwirft der Land=Syndicus das landständische Gutachten, welches der Landtags=Versammlung von dem Präsidio vorgetragen, und wenn dasselbe genehmigt worden, von den Ausschußdeputirten unterschrieben und ad Serenissimum direct eingesandt wird.

§. 26.

Ebenso werden die Resultate der Abstimmungen über die sonstigen Verhandlungen des Landtags von dem Land=Syndicus in einen besondern Aufsatz, oder dem Befinden

nach in einzelnen Auffäßen zusammengetragen, und wenn derselbe genehmigt und, wie im §. 25. vorgeschrieben, unterzeichnet worden, ad Serenissimum eingesandt.

§. 27.

Die landständischen Acten werden in dem allgemeinen landständischen Archive vom Land-Syndicus aufbewahrt und in Ordnung gehalten. Jeder Kurie steht frei, für ihren besondern Gebrauch von den einzelnen Actenstücken Abschriften auf ihre Kosten durch den Land-Syndicus entnehmen zu lassen.

§. 28.

Die Stände behalten sich vor, die ihnen nöthig scheinenden Abänderungen an der vorstehenden Geschäftsordnung dem Befinden nach treffen und Zusätze hinzufügen zu können.

2) Erinnerungen der Landstände

zur

driften landesherrlichen Proposition:

die Einführung eines Ablösungsgesetzes betreffend.

(Nach dem Landtagsgutachten zusammengestellt.)

Zum Eingange erinnerten die Stände, daß das Gesetz nicht „unter Beirath“ sondern „unter Zustimmung“ der Landstände zu erlassen seyn werde.

Zum §. 1.

beantragte die erste Kurie die Ausdehnung des Gesetzes auf Abgaben an Brod, Speck, Käse, Eiern, Schinken, Wurst und Holz.

Die zweite Kurie drückte den Wunsch aus, daß für die Ablösung sonstiger Naturalabgaben demnächst ein besonderes Gesetz erlassen werden möge.

Zum §. 6.

wurde erinnert, daß der vom Consistorio zugezogene Anwalt die Kosten der Ablösung für den Verpflichteten nicht vermehren dürfe.

Zum §. 7.

wurde bemerkt, daß die Verwalter von Gemeindegütern nur im speciellen Auftrage der Gemeinden bei der Provocation handeln dürfen. Der Obrigkeit sey nur eine Anzeige von der vorzunehmenden Ablösung zu machen, da eine Genehmigung derselben nicht erforderlich sey. — Den Gemeinden dürfen keine jura minorum bei Ablösungsangelegenheiten zu Statten kommen.

Zum §. 8.

wurde erinnert, daß es auch bei Minderjährigen oder unter Curatel stehenden Personen, wenn gegen sie provocirt werde, einer Genehmigung der Obrigkeit nicht bedürfe, daß vielmehr eine Anzeige hinreiche.

Zum §. 16.

wünschte Curia I^{ma}, daß es ohne Einwilligung des Berechtigten dem Pflichtigen nicht gestattet werde in eine Rente abzulösen. Eine Ablösung in Capital solle sich der Berechtigte gefallen lassen und solle es dem Ablösenden gestattet seyn, das Capital gegen Verzinsung zu 4 Procent und Ingrossation an die Stelle der Naturalabgaben, 10 Jahre ohne Loosungsrecht des Berechtigten stehen zu lassen. — Habe die Ablösung in Rente statt gefunden, so müsse hernach beiden Theilen die Provocation auf Capitalisirung mit dem 25fachen Betrage zustehen, wobei jedoch dem Pflichtigen die gedachte Erleichterung hinsichtlich der Zeit der Zahlung zu Statten kommen solle.

Curia II^{da} trug auf Herabsetzung des 25fachen Betrags auf den 20fachen an. Eventuell, für den Fall der Provocation des Berechtigten, solle sich dieser wenigstens mit dem 20fachen Betrage begnügen, wogegen es bei Provocation des Pflichtigen bei dem 25fachen Betrage verbleibe.

Zu §. 18.

waren Stände der Ansicht, daß die Rente oder das Capital nur an einem, innerhalb Landes zu bestimmenden Orte, zu erlegen sey.

Zu §. 22.

beantragten die Stände die völlige Gleichstellung der Extradienste mit den übrigen Diensten in Hinsicht auf die Ablösung.

Zu §. 28.

wünschte die erste Kurie, daß dem Berechtigten auch hinsichtlich der Handdienste das Provocationsrecht beigelegt werden möge.

Zu §. 29.

cfr. ad §. 16.

Zu §. 30.

waren die Stände der Ansicht, daß bei der Veranschlagung des Werths der Dienste, deren in der Regel schlechtere Qualität zu berücksichtigen sey. — Die ad b. bei der Taxation zum Grunde zu legenden Normalpreise fanden Stände nicht für durchgehends passend, und beantragten, daß zuvörderst der Werth der Arbeit in den verschiedenen Districten des Landes durch Sachverständige ermittelt und durch die Ablösungs-Commission bekannt gemacht werde.

Zu §. 31.

beantragte Curia I^{ma}, daß zu den sub a. angeführten Beispielen noch „Schnaps und Holzabgaben“ hinzugesetzt würden, und daß die weitere Verfügung hinsichtlich der Abga-

ben, mit welchen der Dienstherr den Pflichtigen in Rücksicht auf die Dienste verpflichtet ist, hinwegfalle.

Zu §. 39.

bezogen sich beide Kurien auf ihre Vota ad §. 16.

Zu §. 44.

wurde bemerkt, daß bei der Fruchtfolge die anzunehmende reine Braache mit berücksichtigt werden müsse.

Zu §. 46.

wünschte die zweite Kurie, daß die abzusehenden 15 Procent auf 20 Procent erhöht würden.

Zu §. 52.

nehmen Stände auf die Vota ad §. 1. Bezug.

Desgleichen ad 59.

Zu §. 60.

hielten Stände dafür, daß die Ablösung besser durch die Bestätigung als durch die Insinuation des Vertrages für die Parteien volle bindende Kraft erhalte.

Zu §. 74.

war vom Amtmann Piderit ein Separatvotum eingereicht, welches auf die Ablösungsverhältnisse derjenigen Unterthanen sich bezog, welche mit Lasten im Auslande, namentlich im Hessischen beschwert sind.

Zu §. 80.

bemerkten die Stände, daß die Regierung die Genehmigung nicht ohne erhebliche Gründe zu verweigern haben werde.

Zu §. 87.

beantragten die Stände den Zusatz, wie er in das promulgirte Gesetz vom 4. September im zweiten Absätze des §. 87. aufgenommen ist. Nur die beantragte Zuziehung eines Obmanns bei der zweiten Taxation ist hinweggefallen.

Zu §. 93.

Die erste Kurie war der Ansicht, daß die Ablösung immer unbedingt kostenfrei seyn müsse, weshalb die Worte: „in der Regel“ zu streichen seyen.

Die zweite Kurie beantragte nach dem Worte: „Umfang“ den Zusatz: „bis auf weitere Verfügung.“

Als Zusatz=§. beantragte Curia Ima, daß die frühern Verordnungen wegen Bezahlung des Zehntens von Kartoffeln u. s. w. aufgehoben würden.

Schließlich wurde von der zweiten Kurie die Errichtung einer Creditcasse für die Ablösenden beantragt.

3) Erinnerungen der Landstände

zur
vierten Landesherrlichen Proposition:

Die Maischsteuer betr.

(Nach dem Landtagsgutachten zusammengestellt.)

Die Stände erinnerten:

zum §. 1. des Entwurfes:

- 1) daß der Termin, von welchem die neue Besteuerungs-Art beginnen solle, statt auf den 1. Januar k. J. auf den 1. November d. J. angesetzt werden möge, da, dem Vernehmen nach, verschiedene Brantweinsfabrikanten ihre Brennereien so bald als möglich auf die entsprechende Art einzurichten wünschen.
- 2) daß der Ertrag der Steuer, mit deren Ansätze sie vollkommen einverstanden, nicht speziell für die Militairkasse, sondern allgemein zur Bestreitung von Landesbedürfnissen bestimmt werden möge.

Zum §. 2. des Entwurfes: daß die hier angedrohte Strafe von 50 bis 100 Rthl. auf 25 bis 50 Rthl. herabgesetzt werden möge.

Zum §. 4. des Entwurfes: sind die Stände der Ansicht, daß derjenige, welcher von den im §. 2. des Gesetzes benannten Brennereigeräthen heimlich Gebrauch macht, nur mit der Strafe der Defraude von 50 bis 100 Rthl., und nicht außerdem mit einer Ordnungsstrafe zu belegen sey.

Zum §. 13. würde nach der Ansicht der Stände:

- 1) derjenige, welcher, unter Fortsetzung des Betriebs eine Reparatur vornimmt, nur in dem Falle der unterbliebenen Anzeige in die Strafe der Defraude verfallen;
- 2) der Brenner dann, wenn durch das Werfen des Bodens oder der Stäbe eine Vergrößerung des cubischen Inhalts der Maisch-Gefäße entstanden, für die unterbliebene Anzeige nur in dem Falle verantwortlich seyn, wenn die Vergrößerung wenigstens 4 Prozent des Raumgehalts beträgt;
- 3) am Ende des §. statt: Geldbuße zu setzen seyn: „die Erlegung des vollen Werths des Geräths, oder, wenn dieser sich nicht mehr ermitteln läßt, eine Geldbuße von 10 bis 50 Rthl.“

Zum §. 15. würde der Brenner die bisher übliche Gebühr für den Declarations-Schein auch künftig zu entrichten haben.

Zum §. 30. Die Unveränderlichkeit der Stunden, welche für den laufenden Monat als Anfangstermin angegeben ist, dürfe nur als Regel zu bestimmen seyn, da Umstände eintreten können, welche eine Abänderung billig erscheinen lassen.

Zum §. 34. Sollte die Helmauflieferung nicht ganz unterbleiben können; so tragen die Stände doch darauf an, daß hinsichtlich dieses Punktes mit möglichster Schonung gegen die Brantweins-Fabrikanten verfahren, und die im §. 35. gedrohte Strafe auf ein Maximum von 5 Rthl. beschränket werden möge.

Zum §. 37. Die Ertheilung eines Erlaubniß-Scheines zum Gebrauche der Appa-

rate zu außergewöhnlichen Zwecken dürfe von den Obrigkeiten ohne erhebliche Gründe nicht zu verweigern seyn.

Zu §. 39. Die Strafe desjenigen, der am Schlusse des Monats die Quittung über die bezahlte Steuer zurückzuliefern nicht im Stande ist, dürfe auf ein Maximum von 5 Rthl. zu beschränken seyn.

Zu §. 41. Dieß zur Steuervergütung erforderliche Quantum des exportirten Branteweins dürfe auf einen Orhoft mindestens festzusetzen seyn, da bei der angeblichen Exportation einer geringern Quantität leicht eine Defraude Statt finden könnte.

Zu §. 45. beantragen die Stände, daß den Beamten in der ihnen zu ertheilenden Instruktion die Weisung gegeben werden möge, auf Verlangen der Brenner Stillschweigen über den Betrieb der Brennerie zu bewahren, da der Fabrikant nicht selten über den Umfang seines Geschäftes Geheimniß zu bewahren sucht.

Zu §. 48. Die Befugniß der Regierung, dem Branteweins-Brenner das Recht zu Brennen auf immer zu entziehen, dürfe auf die Person des Defraudanten zu beschränken seyn.

Zu §. 50. Der Schluß dieses §. dürfe dahin zu ändern seyn: „Ist die Confiscation des Geräths nicht ausführbar, so muß dessen voller Werth, oder wenn sich dieser nicht ermitteln läßt, eine Geldstrafe von 10 bis 50 Rthl. erlegt werden.“

Zu §. 51. Hat es den Ständen zu hart geschienen, daß der Inhaber einer Brennerie unbedingt für die Handlungen der zu seinem Hausstande gehörenden Personen einstehen solle, und beantragen sie daher den mildernden Zusatz „in der Regel.“

Zum §. 52. war die Majorität der Stände dafür, daß die Bestimmung der Strafe in den Fällen, wo eine solche in dem Gesetz nicht festgesetzt worden, dem richterlichen Ermessen nicht zu überlassen sey, da die hier gegebene Willkühr zu einer zu großen Strenge führen möchte.

Zu §. 55. dürfte die Hälfte der Geld- und Confiscations-Strafe nicht der Militair- sondern der Steuerkasse zuzuweisen seyn.

Zum Schluß beantragen die Stände noch, daß die in Frage stehende Verordnung auch auf das Amt Blomberg auszudehnen seyn möchte.

4) Landtagsgutachten

zu

den höchstlandesherrlichen Propositionen sub nr. 5. 7. 8. 9^a und 9^b.

Erw. Hochfürstliche Durchlaucht haben den treu gehorsamsten Ständen die Etats über die Landesbedürfnisse mittheilen lassen, um die zu deren Deckung eventuell erforderlichen Steuern für die nächsten zwei Jahre zu bewilligen.

§. 1.

Die in Antrag gebrachte Einsicht der Rechnungen betreffend.

Bei der Prüfung dieses Gegenstandes war die Einsicht der über die verschiedenen Cassen in den letzten Jahren geführten Rechnungen erforderlich. Die Mittheilung derselben ist aber bisher von Fürstlicher Regierung nur unvollständig geschehen, da unter

den Rechnungen, welche den versammelten Ständen vorgelegt wurden, die Rechnung über die f. g. Lippstädter Cassé fehlt. Diese Cassé ist ebenfalls auf Steuern fundirt, und das Institut, welches aus derselben unterhalten wird, ist eine allgemeine Landesanstalt. Da ohne die Rechnungen darüber die Etats nicht vollständig regulirt werden können, so bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht die treu gehorsamsten Stände, die Mittheilung derselben vorläufig an die Ausschuss-Deputirten zu verfügen. Diese würden dann die Etats interimistisch bis zum nächsten Landtage danach zu vervollständigen haben.

§. 2.

Vereinigung der Cassen betreffend.

Die Uebersicht über das landschaftliche Cassenwesen wird dadurch sehr erschwert, daß dasselbe nach den verschiedenen Verwaltungszweigen in einzelne von einander unabhängige Cassen vertheilt ist. Auch werden durch diese Einrichtung die Kosten der Verwaltung in nicht unerheblicher Weise erhöht. Die Stände wünschen deshalb, daß die verschiedenen Cassen möglichst in eine einzige Central-Cassé vereinigt werden und bitten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst, für diesen Zweck die geeigneten Vorschläge auf dem nächsten Landtage eröffnen zu lassen.

§. 3.

Schuldenwesen.

Eine Folge von der Errichtung einer solchen Central-Cassé würde namentlich die einfachere und minder kostspielige Verwaltung des landschaftlichen Schuldenwesens seyn.

Es haften auf den verschiedenen Cassen an Schulden:

1) auf der Landcassé	102800 Rthl.
2) auf der Wegbaucassé	55550 —
3) auf der Strafwerkhäuscassé	14600 —
Summa	172950 Rthl.

Dagegen haben Forderungen:

1) die Militaïrecassé mit Einschluß der Luxemburger Gelder	150600 Rthl.
2) die Irrenhäuscassé, so weit bis jetzt bekannt, nach Wegbauetat	6000 —
nach der Landcasserechnung von 1837	13000 —
3) die Affaïrencassé, so weit bis jetzt bekannt, nach dem Wegbauetat	2000 —
Summa	171000 Rthl.

Diese Forderungen und Schulden werden, in so fern sie auf kündbaren Obligationen beruhen, gegeneinander aufzuheben seyn. Kann diese Aufhebung vollständig geschehen, so werden für die Verwaltung der Centralcassé nur noch circa 2000 Rthl. an Schulden übrig bleiben, statt daß jetzt 173000 Rthl. an Schulden und 171000 Rthl. an Forderungen, im Ganzen 344000 Rthl. zu administrieren sind.

Sollte unter denjenigen Verwaltungszweigen, welche jetzt Activcapitalien besitzen, der eine oder andere die davon auffommenden Zinsen nicht entbehren können, so wird demselben durch einen Zuschuß aus der Centralcassé, oder durch die Eröffnung eines Credits zu helfen seyn.

§. 4.

Uebersicht über die einzelnen Etats.

Die verschiedenen Ausgaben, welche in den einzelnen Propositionen aufgeführt worden, sind theils ordentliche, jährlich wiederkehrende, und theils außerordentliche.

I. Die ordentlichen sind:

1) für den Landcassen = Etat	54002 Rthl.
2) für den Wegbau = Etat,	
etatmäßig	13118 Rthl.
zu eröffnender Credit	16000 —
	29118 —
3) für den Militair = Etat	49198 Rthl.
eventuell außerdem	3366 —
	52564 —
4) für das Strafwerkhaus nach der Rechnung von 1836	3508 —
5) für das Irrenhaus (fehlt.)	
6) für die Enclaven, nach der Rechnung von 1837	262 —

II. Die außerordentlichen Ausgaben sind:

1) die von Fürstlicher Rentkammer in dem Erlasse vom 13. Juli	
d. J. liquidirten Auslagen	
a. an die Prediger und Schullehrer jährlich	4512 —
b. Beerdigungskosten	1713 —
c. Vermählungskosten	13780 —
d. für die Verbesserung des Fahrwassers der Weser	448 —
	Summa 20453 Rthl.
2) Kosten der landständischen Differenzen circa	3000 —
3) Dotalgelder	

§. 5.

Heranziehung des eximirten Grundeigenthums zur Contribution betreffend.

Zur Bestreitung dieser Ausgaben selbst im möglichst ermäßigten Betrage, reichen die Hülfsmittel, über welche bisher die Stände verfügen konnten, bei weitem nicht hin. Theils aus diesem Grunde und theils um eine drückende Unbilligkeit, welche von einem großen Theile der Unterthanen schon gefühlt wurde, zu beseitigen, haben die Stände auf die Heranziehung des bisher als eximirt angesehenen Grundeigenthums zur Contribution Bedacht nehmen müssen. Die dabei in Betracht gezogenen Rücksichten sind in dem unter

Litt. A.

angelegten Aufsatze näher entwickelt. Zugleich sind in dem Entwurfe

Anlage B.

die Grundzüge von Bestimmungen angegeben, unter welchen das eximirte Grundeigenthum theilweise schon vom 1. Jan. k. J. an, und nach Ablauf von 2 Jahren vollständig, zur Contribution heranzuziehen seyn dürfte.

Erw. Hochfürstlichen Durchlaucht bitten die treu gehorsamsten Stände unterthänigst: die in der Anlage B. enthaltenen Bestimmungen ihrem wesentlichen Inhalte nach als